

# **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2013**

Dezember 2011

**SPERRFRIST: Mittwoch, 21. Dezember 2011, 11:00 Uhr**



**INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN**  
**INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES**  
Vienna



# **Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2013**

**Jahresmodell LIMA/05**  
**Dezember 2011**

Die ökonometrischen Modellprognosen  
werden von einer Arbeitsgruppe  
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer  
Ines Fortin  
Daniela Grozea-Helmenstein  
Jaroslava Hlouskova  
Helmut Hofer  
Robert M. Kunst  
Wolfgang Schwarzbauer  
Edith Skriner  
Ludwig Strohner  
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien

## **Kontakt:**

Bernhard Felderer  
☎: +43/1/59991-125  
email: [felderer@ihs.ac.at](mailto:felderer@ihs.ac.at)

Helmut Hofer  
☎: +43/1/599 91-251  
email: [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

Wolfgang Schwarzbauer  
☎: +43/1/599 91-112  
email: [schwarzba@ihs.ac.at](mailto:schwarzba@ihs.ac.at)

Tanja Gewis  
Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
email: [gewis@ihs.ac.at](mailto:gewis@ihs.ac.at)

---

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen, der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung und Zusammenfassung</b>	<b>1</b>
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5/6
<b>2.</b>	<b>Die internationale Konjunktur</b>	<b>7</b>
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	7
	2.2 Länderprognosen .....	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	19
<b>3.</b>	<b>Die österreichische Außenwirtschaft</b>	<b>20</b>
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten .....	22
<b>4.</b>	<b>Perspektiven der Inlandskonjunktur</b>	<b>23</b>
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	23
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände .....	25
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate .....	25
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie .....	26
	Abbildung: Inflationsrate .....	30
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2011 .....	31
<b>5.</b>	<b>Monetäre Prognose</b>	<b>33</b>
	Texttabelle: Leitzinsen.....	33
	Abbildung: Ergebnisse der monetären Prognose .....	35
	<b>Tabellenanhang</b>	<b>36</b>



# 1. Einleitung und Zusammenfassung

## Europäische Vertrauenskrise bremst Konjunktur

Die Weltkonjunktur und insbesondere die Wirtschaftsaussichten haben sich im Jahresverlauf 2011 verschlechtert. Die Unsicherheiten auf den Finanzmärkten sind weiterhin sehr hoch, die Aktienmärkte blieben schwach. Die von den hohen Staatsschulden ausgelöste Vertrauenskrise hat Italien und Spanien erfasst. Nach einem starken ersten Quartal (0.8 %) legte die Wirtschaft im Euroraum im zweiten und dritten Quartal nur noch um 0.2 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal zu. In den USA beschleunigte sich das Wachstum im dritten Quartal auf 0.5 %, nach 0.3 % im zweiten Quartal. Es finden sich Anzeichen, dass die Schuldenkrise auf den realen Sektor der Wirtschaft übergreift. So hat sich beispielsweise die Dynamik der Industrieproduktion im Euroraum im September deutlich verlangsamt. Die Stimmungsindikatoren sind weiterhin deutlich nach unten gerichtet, lediglich in den USA gibt es Anzeichen für eine leichte Konjunkturverbesserung. In den Schwellenländern hat sich das Wachstum abgeschwächt, bleibt aber auf vergleichsweise hohem Niveau. Die Wirtschaft in Japan wird durch die zusätzliche staatliche Nachfrage zur Beseitigung der Folgen der Naturkatastrophe belebt.

Die österreichische Wirtschaft ist 2011 voraussichtlich um 3.3 % gewachsen. In der ersten Jahreshälfte betrug laut der aktuellen Quartalsrechnung das Wachstum 4.6 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Im dritten Quartal stieg die Wirtschaftsleistung um 0.3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 2.7 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die vorlaufenden Indikatoren und das schwächere internationale Umfeld lassen eine kräftige Wachstumsdelle erwarten. Für den Jahresdurchschnitt 2012 erwartet das Institut nunmehr eine BIP-Wachstumsrate von 0.8 %. Mit dem Ausklingen der Vertrauenskrise sollte aber die österreichische Wirtschaft im Jahresverlauf 2012 wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkehren, sodass gegenwärtig für den Jahresdurchschnitt 2013 ein Wirtschaftswachstum von 1.9 % erwartet wird.

Dieser Prognose liegt folgendes internationales Konjunkturbild zugrunde. Im Euroraum dürfte das Wirtschaftswachstum 2011 1.6 % erreichen, primär getragen von der guten Wirtschaftslage in Deutschland. Für das Jahr 2012 wird eine markante Abschwächung auf 0.4 % erwartet. 2013 könnte sich das Wachstum auf 1.4 % beschleunigen. Ausgehend von 1.7 % im heurigen Jahr sollte das BIP der USA in den Jahren 2012 und 2013 um 2 % bzw. 2.3 % steigen. Für die gesamte OECD werden Werte von 1.9 %, 1.7 % bzw. 2.2 % unterstellt.

Die Prognoserisiken sind weiterhin sehr hoch und überwiegend abwärts gerichtet. Die gegenwärtige Konjunkturlage ist durch eine schwache Dynamik und hohe Unsicherheit charakterisiert. Das Auftreten von negativen Schocks (etwa der Zusammenbruch einer großen Bank, ein ungeordneter Staatsbankrott oder ein starker Anstieg der Energiepreise) könnte zu einem massiven Wirtschaftseinbruch führen. Das größte Risiko besteht in einer Zuspitzung der Staatsschuldenkrise im Euroraum. Gelingt es nicht, glaubhafte Konsolidierungspläne für die öffentlichen Haushalte zu entwickeln, könnte dies über Vermögens- und Vertrauenseffekte zu einer Rezession führen. Zu beachten ist dabei, dass die

Fiskalpolitik aufgrund der hohen Verschuldung nicht expansiv gegensteuern kann. Das Problem der hohen Staatsschulden betrifft nicht nur den Euroraum. Auch die USA und Japan müssen Konzepte zur langfristigen Sanierung ihrer öffentlichen Haushalte vorlegen. Allerdings könnte auch eine zu rasche Konsolidierung, die etwa bei einer Nichteinigung über die Budgetpolitik in den USA auftreten würde, das Wirtschaftswachstum dämpfen. Ein weiteres Risiko geht von den, prinzipiell positiv zu bewertenden, Maßnahmen zur Stärkung von Eigenkapitalbasis und Liquidität der Banken aus. Dies könnte zu einer Einschränkung der Kreditvergabe führen. Es bestehen aber auch Aufwärtsrisiken. So könnte die rasche Umsetzung der Lösungsvorschläge für die Staatsschuldenkrise die Lage auf den Finanzmärkten stabilisieren und im Verein mit einem nachlassenden Preisdruck den Optimismus bei den Konsumenten und Unternehmen erhöhen.

Mit einem Wachstum von 0.9 % entwickelt sich der reale private Konsum in Österreich im ablaufenden Jahr relativ verhalten. Die hohe Inflation hat die Kaufkraft der privaten Haushalte geschwächt. Trotz des Konjunkturerholungs wird 2012 die Konsumnachfrage stabil bleiben (0.8 %). Der nachlassende Preisdruck und die kräftigen Lohnabschlüsse stützen dabei die Einkommensentwicklung. Im Einklang mit der Konjunkturerholung könnte sich 2013 das Konsumwachstum wieder etwas beleben (1.3 %). Sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr sinkt die Sparquote um jeweils rund 0.3 Prozentpunkte und könnte 2013 wieder etwas ansteigen.

Die Investitionstätigkeit ist im Jahr 2011 äußerst kräftig ausgefallen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Ausrüstungsinvestitionen um 7.8 % zugelegt haben. Die Bauinvestitionen stabilisierten sich (0.5 %) nach deutlichen Rückgängen in den Vorjahren. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften somit um 3.8 % gestiegen sein. Aufgrund des starken Lageraufbaus erhöhten sich die Bruttoinvestitionen insgesamt laut Prognose um 8.6 %. Im weiteren Prognosezeitraum wird sich das Investitionsklima deutlich abkühlen. Wegen der schwachen Nachfrage sinkt die Kapazitätsauslastung, und die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen verschlechtern sich. Die Bruttoanlageinvestitionen werden daher nächstes Jahr stagnieren (-0.2 %). Für die Ausrüstungen wird ein geringer Rückgang erwartet (-1 %), die Bauten könnten leicht zulegen (0.5 %). Weiters ist mit einem Lagerabbau zu rechnen, sodass die Bruttoinvestitionen leicht schrumpfen (-1.2 %). 2013 sollte sich die Investitionstätigkeit wieder etwas beleben.

Die nachlassende Welthandelsdynamik drückt auf die österreichische Exportwirtschaft. Im Jahresdurchschnitt 2011 dürften die realen Warenexporte laut VGR noch um 8.1 % gestiegen sein, wobei die Exportdynamik im Jahresverlauf abgenommen hat. Aufgrund der äußerst verhaltenen Entwicklung der österreichischen Exportmärkte dürften 2012 die Güterexporte nur noch um 4 % zulegen. Mit der Konjunkturerholung könnte sich 2013 auch das Exportwachstum wieder beleben. Nach einem Wachstum der realen Exporte laut VGR i. w. S. von 7.2 % in diesem Jahr ist für 2012 nur mit einem Zuwachs von 3.4 % zu rechnen. Die rege Exportdynamik und die starke Binnennachfrage führen dazu, dass im ablaufenden Jahr die realen Warenimporte kräftig ausgefallen sein dürften (6.9 %). Da sich sowohl die Welthandelsdynamik als auch die Binnennachfrage 2012 abschwächen, verlangsamt sich das Wachstum der Warenimporte merklich (3 %). 2013 sollten die Güterimporte wieder etwas anziehen. Die Importe laut VGR i. w. S. dürften im ablaufenden Jahr um 6.6 % zugelegt haben, für nächstes Jahr



wird ein Wachstum von 2.7 % erwartet. Im gesamten Prognosezeitraum bleibt der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft positiv.

Im Jahresdurchschnitt 2011 wird die Inflationsrate  $3\frac{1}{4}$  % betragen. Die Entwicklung der internationalen Rohstoff- und Energiepreise sowie die gute Konjunkturlage und die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung sind wesentliche Determinanten der Preisentwicklung. Im kommenden Jahr sollte der Preisdruck deutlich nachlassen. Die schwache Konjunktur schränkt den Kostenüberwälzungsspielraum der Unternehmen ein, und von den internationalen Energie- und Nahrungsmittelmärkten dürften keine weiteren preistreibenden Impulse ausgehen. Aufgrund der kräftigen Lohnabschlüsse werden allerdings die Lohnstückkosten etwas ansteigen. Insgesamt rechnet das Institut daher mit einer Inflationsrate von 1.9 % für den Jahresdurchschnitt 2012. 2013 könnte der Preisanstieg 1.8 % betragen.

Die Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarkts war im Jahr 2011 durch einen kräftigen Beschäftigungsanstieg um rund 60,000 Personen und einen leichten Rückgang der Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition auf 6.7 % geprägt. Aufgrund des Konjunkturreinbruchs wird sich 2012 die Arbeitsmarktlage etwas verschlechtern. Die Beschäftigungsdynamik wird sich deutlich abkühlen (0.4 %) und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um voraussichtlich 10,000 Personen ansteigen. Die Arbeitslosenquote wird somit auf 7 % klettern. 2013 dürfte die Arbeitslosigkeit auf diesem Niveau verharren. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition wird gemäß der Prognose, ausgehend von 4.1 % im laufenden Jahr, 2012 auf 4.5 % steigen und könnte 2013 4.4 % betragen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird durch die Konjunktorentwicklung und die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung dominiert. Für 2011 erwartet das Institut eine Defizitquote von 3.1 %. Nächstes Jahr könnte die Defizitquote auf 2.9 % zurückgehen. Das Institut begrüßt die Einführung einer Schuldenbremse für Österreich. Um das Vertrauen auf den Finanzmärkten zu erhalten und niedrige Finanzierungskosten für die Staatsschuld sicherzustellen, ist eine rasche und glaubhafte Rückführung der Staatsschulden notwendig. Dafür ist eine Verwaltungsreform, die zur Ausschöpfung der Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor führt, unerlässlich. Die Kostensteigerungen im Pensions-, Gesundheits- und Pflegebereich müssen begrenzt werden. Auch eine Reduktion der Subventionen sollte angedacht werden, wobei allerdings auf Infrastrukturinvestitionen Rücksicht genommen werden muss. Kurzfristig könnte ein Konsolidierungskurs zwar die Konjunktur etwas dämpfen, längerfristig dominieren aber die positiven Effekte.

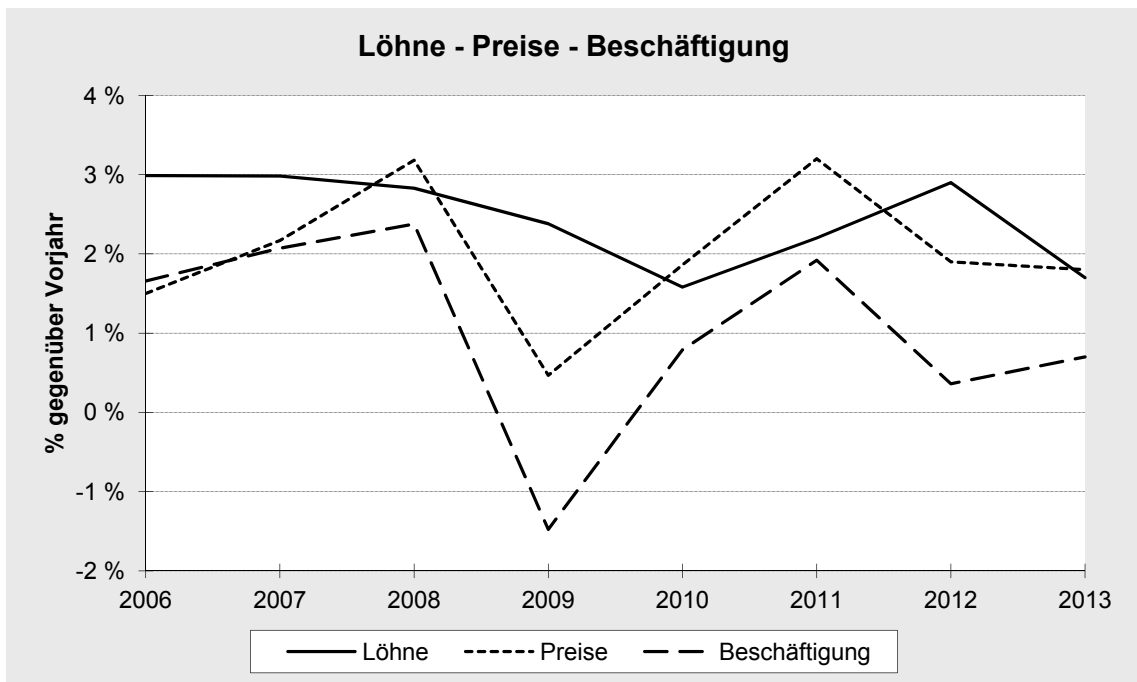
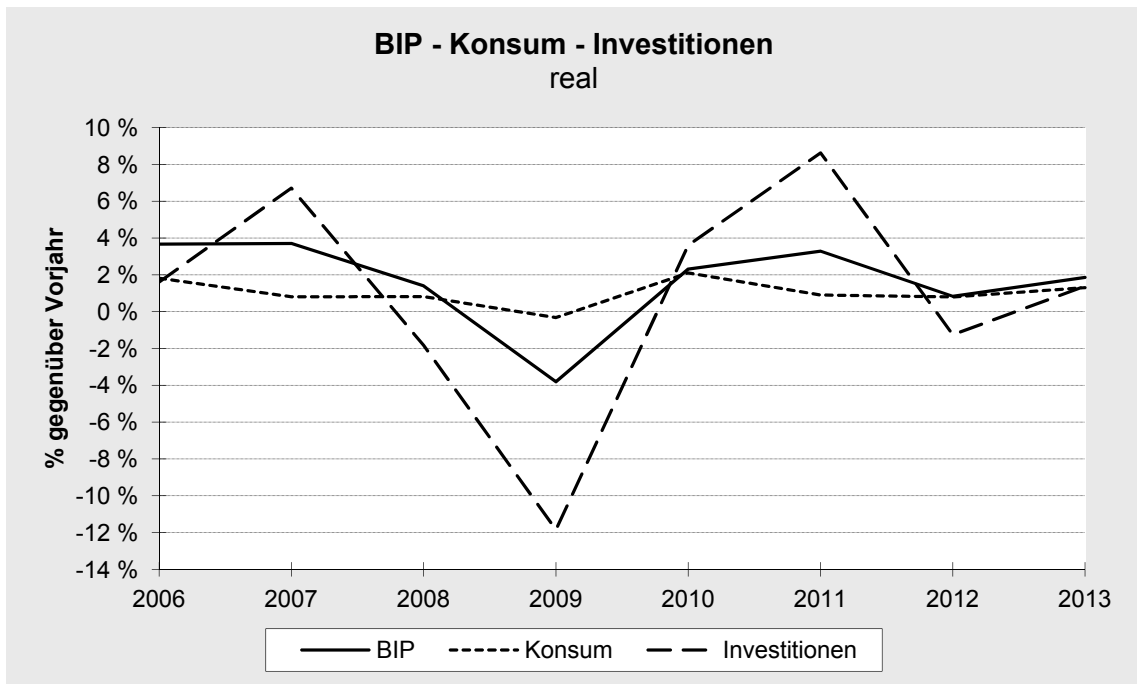
## Wichtige Prognoseergebnisse

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

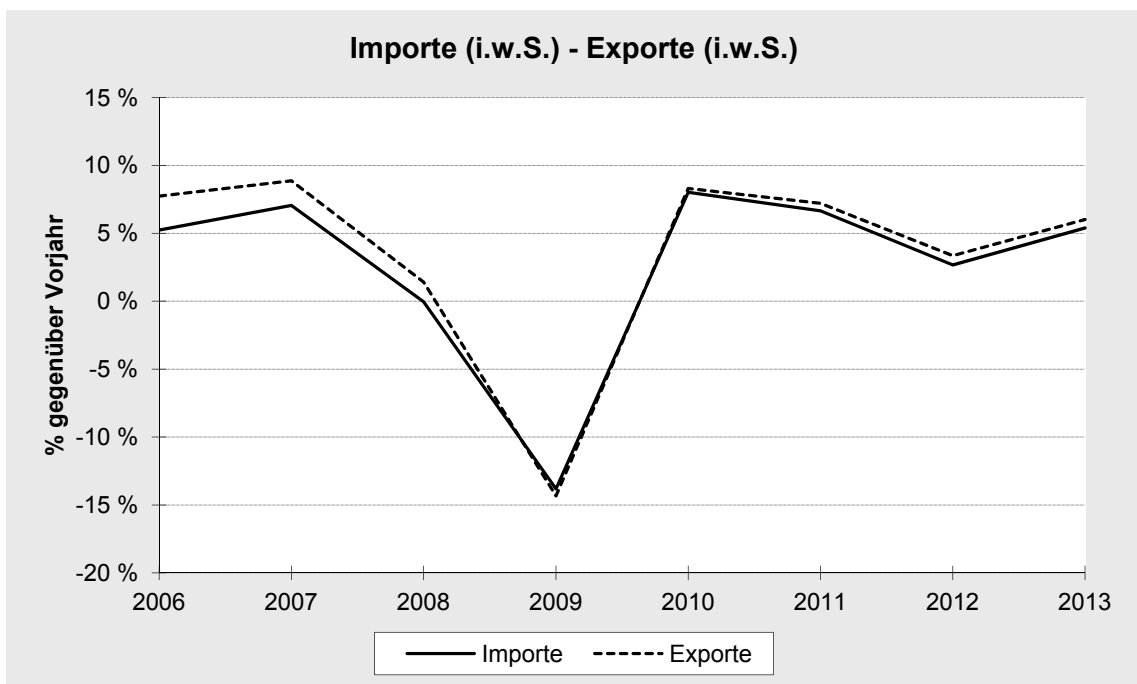
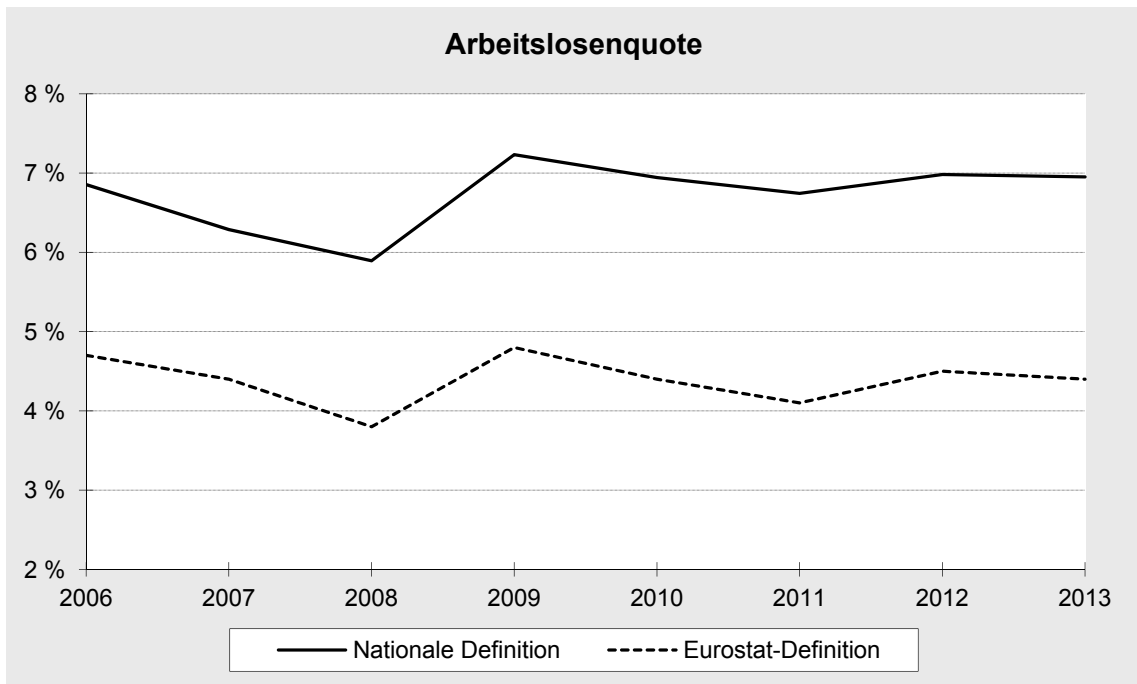
	2011	2012	2013
Bruttoinlandsprodukt, real	3.3	0.8	1.9
Privater Konsum, real	0.9	0.8	1.3
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	8.6	-1.2	1.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	3.8	-0.2	1.5
Ausstattungsinvestitionen, real	7.8	-1.0	2.0
Bauinvestitionen, real	0.5	0.5	1.0
Inlandsnachfrage, real	2.7	0.3	1.2
Exporte i.w.S., real	7.2	3.4	6.0
Waren, real (laut VGR)	8.1	4.0	6.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.5	-0.8	1.8
Importe i.w.S., real	6.6	2.7	5.4
Waren, real (laut VGR)	6.9	3.0	5.7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-2.0	-0.5	1.3
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.9	0.4	0.7
Arbeitslosenquote: Nationale Definition*)	6.7	7.0	7.0
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*)	4.1	4.5	4.4
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.2	2.9	1.7
Preisindex des BIP	2.3	2.2	1.9
Verbraucherpreisindex	3.2	1.9	1.8
3-Monats-Euribor*)	1.4	1.2	1.3
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen*)	3.3	3.4	3.7

\*) absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2





## 2. Die internationale Konjunktur

### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Naturkatastrophen, steigende Finanzierungskosten sowie die hohe Arbeitslosigkeit und Inflation führten zu einer Verlangsamung der globalen konjunkturellen Entwicklung im Jahresverlauf 2011. In der zweiten Jahreshälfte hat vor allem der wachsende Pessimismus der Investoren, hervorgerufen durch die Diskussion über die hohe Verschuldung in einigen Industrieländern, zur Abschwächung der Weltwirtschaft beigetragen. Zu Jahresbeginn 2012 dürfte sich die globale Wirtschaft langsamer als im langjährigen Durchschnitt entwickeln. Es besteht auch die Gefahr, dass die Probleme in Europa und die schwächelnde Wirtschaft der USA sich gegenseitig verstärken und in eine globale Rezession münden. Laut OECD stellt 2012 die Schuldenkrise im Euroraum das größte Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung dar. So werden voraussichtlich die Budgetkonsolidierungsmaßnahmen in den hoch verschuldeten Staaten die Nachfrage dämpfen. IWF und OECD erwarten, dass die Wirtschaftsleistung des Euroraums im vierten Quartal 2011 und im ersten Quartal 2012 sinken könnte. Aufgrund des sehr gedämpften Wirtschaftsausblicks geht das Institut davon aus, dass die Geldpolitik 2012 expansiv bleiben wird.

Der Rückgang der Stimmungsindikatoren macht deutlich, dass die globale Konjunktur zunehmend ins Stocken gerät. Das ifo Weltwirtschaftsklima trübt sich weiter ein. Die Beurteilung der aktuellen Lage und der Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind im vierten Quartal unter den Durchschnittswert der vergangenen zehn Jahre gesunken. Die Erwartungen wurden dabei pessimistischer als die aktuelle Lage eingeschätzt. Am Ende des ablaufenden Jahres stabilisiert sich jedoch die Wirtschaftslage etwas. Der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index (PMI)* zeigt, dass die Konjunktur der Weltwirtschaft wieder leicht an Fahrt gewonnen hat. Der Index ist im November auf 52 Punkte gestiegen, nach 51.3 Punkten im Oktober. Er liegt somit über der theoretischen Wachstumsschwelle von 50 Punkten. In den USA und in Russland ist der Index deutlich angestiegen. Einen Zuwachs gab es auch in Brasilien und Indien. Ein deutlicher Rückgang in den Wirtschaftsaktivitäten wurde im November im Euroraum verzeichnet, und auch in Japan und China verschlechterten sich die Bedingungen. Weltweit hat sich die Auftragslage in der Güterverarbeitenden Industrie weiter eingetrübt, der Dienstleistungssektor verzeichnete hingegen einen Zuwachs.

Mit der Abschwächung der globalen Konjunkturentwicklung hat im Jahresverlauf 2011 der Preisauftrieb bei den Rohstoffen nachgelassen. Während die Preise für Industrierohstoffe und landwirtschaftliche Güter inzwischen auf das Niveau des Vorjahres zurückgegangen sind, lagen die Preise für Energie im November noch immer über dem Vorjahreswert. Der Ölpreis hat im November durchschnittlich 111.2 US-Dollar betragen und legte somit im Vorjahresvergleich um 29.5 % zu, die Rohstoffpreise ohne Energie sind hingegen um 0.2 % gesunken. Nach 111.7 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2011 wird in dieser Prognose für die Jahre 2012 und 2013 ein Ölpreis von 110 bzw. 115 US-Dollar unterstellt. Nach 1.39 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2011 wird für 2012 und 2013 jeweils ein Wechselkurs von 1.34 USD/EUR erwartet.

Die globale Wirtschaftsleistung dürfte 2011 um 4 % gewachsen sein. 2012 wird eine Wachstumsabschwächung auf 3.2 % erwartet. Der Welthandel ist 2010, laut *CPB Netherlands Bureau for Economic Policy Analysis*, im Jahresdurchschnitt um 14.9 % gewachsen. Das Institut erwartet für 2011 eine Wachstumsabschwächung auf 6.5 %, die sich mit 4.5 % auch 2012 fortsetzen wird. 2013 dürfte der globale Handel wieder an Dynamik gewinnen und um 7 % zulegen. In den OECD-Ländern dürfte das BIP im Jahr 2011 um 1.9 % gewachsen sein, 2012 und 2013 könnte es um 1.7 % bzw. 2.2 % zulegen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU dürfte 2011 um 1.7 % gewachsen sein. Für 2012 und 2013 wird ein BIP-Wachstum von 0.5 % bzw. 1.6 % erwartet.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet für die Länder Asiens (ohne Japan) für 2011 ein BIP-Wachstum von 7.5 %. Für 2012 geht die ADB von einem Zuwachs von 7.2 % aus. Inwieweit die einzelnen Länder von den Folgen der Schuldenkrise in Europa betroffen werden, hängt vom Offenheitsgrad der Außenwirtschaft und des Kapitalmarkts ab. In Lateinamerika dürfte das BIP 2011 um 4.5 % gestiegen sein. 2012 wird sich die Wachstumsdynamik der Region weiter abschwächen. Wegen der hohen Inflation und der gedämpften Nachfrage nach Rohstoffen hat sich 2011 das Wirtschaftswachstum in Brasilien auf 3.5 % verlangsamt. Eine Reihe von Konjunkturpaketen soll die Konjunktur des Landes in den kommenden Monaten stimulieren, womit für 2012 ein BIP-Wachstum von 5 % für möglich gehalten wird.

Die Wirtschaft des Euroraums ist 2011 voraussichtlich um 1.6 % gewachsen. Dank der starken Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten bleibt die konjunkturelle Entwicklung exportgestützt. Die Investitionen wurden zum ersten Mal seit 2007 wieder ausgeweitet. Die Arbeitslosigkeit ist 2011 hoch geblieben. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat aufgrund der schlechteren Entwicklung der Wirtschaft den Leitzins um 0.5 Punkte auf 1 % gesenkt. 2012 wird die Wirtschaft des Euroraums voraussichtlich um 0.4 % wachsen. Die Impulse von der Außenwirtschaft werden sich abschwächen, die Investitionstätigkeit könnte wieder sinken und der Konsum bleibt verhalten. Die Inflation wird voraussichtlich knapp unter das von der EZB vorgegebene Ziel von 2 % sinken. Die Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung werden sich dämpfend auf die Konjunktur auswirken. Dass eine glaubhafte Konsolidierungsstrategie gleichwohl notwendig ist, zeigt sich darin, dass nach Spanien, Irland, Portugal, Zypern und Griechenland auch die Kreditwürdigkeit Italiens herabgestuft wurde.

Im dritten Quartal 2011 ist das BIP im Euroraum um 0.2 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, gegenüber dem Vorjahresquartal hat es um 1.4 % zugenommen. Der Export verzeichnete die höchste Wachstumsrate, gefolgt vom privaten Konsum. Der öffentliche Konsum ist hingegen zum Vorquartal gesunken. Im vierten Quartal dürfte sich die Konjunktur weiter abgeschwächt haben. Einen Produktionsrückgang dürfte es in der Güterverarbeitenden Industrie gegeben haben. Der *Markit Flash Eurozone Composite Index Produktion* zeigt jedoch, dass sich die Talfahrt der Wirtschaft im Dezember zum zweiten Mal hintereinander verlangsamt hat. Der Index erreichte mit 47.9 Punkten ein 3-Monats-Hoch, weil sich der Auftragsrückgang in der Güterverarbeitenden Industrie und auch im Dienstleistungssektor verlangsamt hat. Im Dezember kam der Stellenaufbau insgesamt wieder leicht in Schwung. Die Dienstleister schufen mehr neue Arbeitsplätze als in den zurückliegenden drei Monaten, in der Güterverarbeitenden Industrie wurden hingegen zum zweiten Mal hintereinander in geringfügigem Ausmaß

Stellen gestrichen. Auf Länderebene wiesen Deutschland und Frankreich jeweils ein hohes Stellenplus aus, während es in den anderen Ländern des Euroraums erneut zu einem Arbeitsplatzabbau kam. In der Güterverarbeitenden Industrie wurden die Verkaufspreise im Dezember geringfügig angehoben, während die Einkaufspreise zum dritten Mal hintereinander sanken. Im Dienstleistungssektor mussten die Preise hingegen wegen der nachlassenden Nachfrage in den jeweiligen Binnenmärkten gesenkt werden. In Deutschland, Frankreich, Spanien und Irland beschleunigte sich der Preisauftrieb, in Italien sank der entsprechende Index hingegen auf ein 26-Monats-Tief.

Im Oktober 2011 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 10.3 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Spanien mit 22.8 %. Die niedrigsten Quoten verzeichneten Österreich und die Niederlande mit 4.1 % bzw. 4.8 %. Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im Oktober 3 %. Die geringsten Preissteigerungsraten wiesen Irland und Malta mit 1.5 % bzw. 2.4 % auf. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 3.8 %. Die Slowakei und Estland verzeichneten mit 4.6 % bzw. 4.7 % die höchsten Inflationsraten.

## 2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** dürfte 2011 um 1.7 % gewachsen sein. Die niedrigen Finanzierungskosten und der Nachholbedarf, der durch den Ausfall während der Rezession 2009 entstanden war, haben die Ausrüstungsinvestitionen angetrieben. Die Bauinvestitionen, die zwischen 2006 und 2009 um jährlich 22 % gefallen waren, haben sich inzwischen stabilisiert. Das Institut erwartet für 2011 einen Rückgang bei den Bauinvestitionen von nur noch 2 %. Seit der Jahresmitte 2011 steigen die Konsumausgaben wieder stärker an. Die Vorsicht der privaten Haushalte, sich dabei zu verschulden, bleibt jedoch weiterhin bestehen. Die Beschäftigung verzeichnete 2011 zum ersten Mal seit 2007 wieder einen Zuwachs. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 2011 bei 9 % liegen und die Inflation hat voraussichtlich 3.2 % ausgemacht. In den USA ist vorerst keine Zinswende in Sicht. Die amerikanische Zentralbank *Fed* begründet ihre expansive Geldpolitik mit der schwachen Wirtschaftslage. Die Verschuldungsquote des Staatshaushalts dürfte 2011 bei 99 % liegen. Für 2012 erwartet das Institut ein BIP-Wachstum von 2 %. Die Inlandsnachfrage wird sich verstärken, gestützt von einer steigenden Konsumnachfrage. Von der Außenwirtschaft werden 2012 hingegen kaum Wachstumsimpulse erwartet. Die Beschäftigung wird 2012 stärker zunehmen und der Inflationsdruck wird nachlassen.

Das BIP der USA legte im dritten Quartal 2011 um 0.5 % zum Vorquartal zu, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 1.5 %. Der stärkste Zuwachs wurde bei den Ausrüstungsinvestitionen und den Exporten verzeichnet. Der öffentliche Konsum ist hingegen zum vierten Mal in Folge gesunken. Die Nachfrage nach Bankkrediten und die Auftragslage weisen darauf hin, dass sich die Konjunktur im vierten Quartal weiter verstärkt hat. Impulse werden von der Güterverarbeitenden Industrie, der Bauwirtschaft und vom Konsum erwartet.

Der vom *Institute for Supply Management* (ISM) veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Güterverarbeitende Industrie stieg im November auf 52.7 Punkte, nach 50.2 Punkten im Oktober. Die Indexentwicklung zeigt somit eine Beschleunigung der Wirtschaftsaktivitäten an, allerdings noch immer auf



einem niedrigen Niveau. Die Teilindizes für Auftragseingang, Produktion, Beschäftigung und Exportentwicklung haben zum Anstieg des Gesamtindex für die Güterverarbeitende Industrie beigetragen. Im Dienstleistungssektor fiel der Gesamtindex zwar auf 52 Punkte nach 52.9 Punkten in Oktober, der Teilindex über die Auftragseingänge stieg im November aber weiter an. Mit Ausnahme des Auftragsbestandes und der Importe, lagen der Gesamtindex für den Dienstleistungssektor und alle Teilindizes über der Expansionsschwelle von 50 Punkten und weisen somit auf eine Ausweitung der Wirtschaftsaktivitäten in den kommenden Monaten hin. Der starke Anstieg des *Conference Board Leading Economic Index* (LEI) lässt darauf schließen, dass sich die Gefahr einer Rezession inzwischen deutlich verringert hat. Der Indexwert ist im Oktober im Vergleich zum Vormonat um 0.9 % gestiegen, was primär auf eine starke Zunahme bei den Baugenehmigungen zurückzuführen ist. Positive Signale kamen auch von den Erwartungen der Konsumenten, von der Kapitalmarktentwicklung und dem Arbeitsmarkt sowie von der Zinsentwicklung. Die Arbeitslosenquote ist im November auf 8.6 % gesunken. Die Jahresinflation ging im Oktober auf 3.6 % zurück, die Produktionspreise legten nur noch um 6.1 % zu. In den kommenden Monaten ist mit einer weiteren Abschwächung des Preisdrucks zu rechnen.

In **Japan** dürfte die Wirtschaft 2011 um 0.5 % geschrumpft sein. Noch vor dem Erdbeben, dem Tsunami und dem Atomunfall in Fukushima im März 2011 hat das Institut für die japanische Wirtschaft eine konjunkturelle Abschwächung erwartet, weil die Industrie unter den steigenden Produktionskosten zu leiden hatte. Als Folge der Katastrophe ist die Industrieproduktion stark eingebrochen. Die Engpässe in der Logistik und der Energieversorgung konnten zur Jahresmitte größtenteils behoben werden. In der zweiten Jahreshälfte ist die Wirtschaft wieder gewachsen. Die Impulse gingen vor allem von der Bauwirtschaft aus, und auch bei den Ausrüstungsinvestitionen setzte der Aufschwung ein. Die exportorientierte Wirtschaft leidet hingegen noch immer unter dem starken Yen und unter der Abschwächung der globalen Nachfrage. Für 2011 erwartet das Institut eine geringfügige Steigerung der Verbraucherpreise, die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 4.5 % ausmachen. Aufgrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung wird die japanische Zentralbank weiterhin an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten. Das BIP könnte 2012 um 2 % zulegen. Neben der regen Investitionstätigkeit wird sich der private Konsum wieder verbessern. Die Exportnachfrage wird hingegen gedämpft bleiben, was mit der globalen Wirtschaftsentwicklung, insbesondere der Schuldenkrise in Europa und mit dem starken Wechselkurs erklärt wird. Der Leistungsbilanzüberschuss wird 2012 voraussichtlich nicht ansteigen.

Nach drei Rückgängen in Folge ist das japanische BIP im dritten Quartal 2011 zum Vorquartal um 1.4 % gewachsen, gegenüber dem Vorjahresquartal ist es um 0.8 % zurückgegangen. Zum Quartalswachstum haben vor allem die Exporte und die Bauinvestitionen beigetragen. Im vierten Quartal dürfte die Wirtschaftsleistung weiter ausgeweitet worden sein, allerdings mit einer deutlich schwächeren Dynamik. Die Investitionstätigkeit dürfte im Wesentlichen das Wachstum getragen haben. Ein schwacher Impuls wird vom privaten Konsum erwartet. Die Lage in der Güterverarbeitenden Industrie verschlechtert sich wieder. Der *Markit/JMMA Japan Manufacturing PMI* sank im November mit 49.1 Punkten knapp unter die 50-Punkte-Marke. Die Abschwächung der Exportnachfrage und die Verschlechterung der Auftragslage werden auf die Wechselkursentwicklung und auf die Flutkatastrophe in

Thailand zurückgeführt. Im Dienstleistungssektor zeigt der PMI-Indikator für die aktuelle und zukünftige Geschäftslage einen Rückgang an. Die Preisentwicklung spiegelt die schwache Konjunktur wider. Die Erzeugerpreise nahmen im November im Jahresvergleich um 1.7 % zu. Die Verbraucherpreise gaben mit -0.2 % zum ersten Mal seit Juni wieder nach. Nach Rückgängen im August und September stieg die Arbeitslosenquote im Oktober mit 4.5 % wieder an.

Die **Volksrepublik China** zählt zu den wichtigsten Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft. Das BIP dürfte 2011 um 9.2 % zugelegt haben. Getragen wurde das Wachstum von den Unternehmensinvestitionen und vom privaten Konsum. Die leichte konjunkturelle Abschwächung im ablaufenden Jahr ist primär auf die straffere Geldpolitik zurückzuführen. Einerseits stiegen die Kreditkosten, andererseits wurden den Banken Quoten für die Kreditvergabe auferlegt. Das Auslaufen von Fördermaßnahmen macht sich im Absatz von Kraftfahrzeugen deutlich bemerkbar. Die Abschwächung der globalen Konjunktur führte auch zu einer Wachstumsverlangsamung im Export. Anders als in Japan, ist es der chinesischen Industrie möglich, steigende Produktionskosten auf die Käufer zu überwälzen. Maßnahmen wie Preiskontrollen bei Energie und Lebensmitteln wurden von der öffentlichen Hand eingesetzt, um die Inflation in den Griff zu bekommen. Am Jahresende 2011 lässt die Inflation nach, die durchschnittliche Jahresinflation dürfte sich 2011 auf 4.5 % belaufen. 2012 wird sich das Wirtschaftswachstum auf 8.5 % abschwächen. Neben der Verlangsamung der globalen Nachfrageentwicklung werden steigende Löhne sowie die Währungsaufwertung die internationale Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft schwächen. Eine gelockerte Geldpolitik wird jedoch die Inlandsnachfrage stimulieren und den Standort für ausländische Investoren wieder attraktiver machen. 2012 werden vor allem die Konsumausgaben und die Investitionen die Konjunktur stützen. Die Inflation wird voraussichtlich deutlich zurückgehen und unter den von der chinesischen Nationalbank festgelegten Zielwert von 4 % sinken.

Im dritten Quartal 2011 wuchs das chinesische BIP um 9.1 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Im vierten Quartal dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung weiter abgeschwächt haben. Im Oktober und November hat die Produktion der gesamten Industrie (Güter-, Bau- und Energieproduktion) zugenommen, in der Güterverarbeitenden Industrie entwickelt sich die Konjunktur sehr schwach. Es bestehen Abwärtsrisiken in Bezug auf die zukünftige Entwicklung der Auslandsnachfrage und der Baukonjunktur sowie der Preisentwicklung. Nach einem Rückgang im November hat sich der *HSBC Flash China Manufacturing Purchasing Managers Index* im Dezember wieder stabilisiert. Der Index ist auf 49 Punkte angestiegen, liegt aber noch immer unter der Wachstumsschwelle von 50 Punkten. Der Rückgang in der Produktion hat sich deutlich verlangsamt und die Aufträge aus dem Ausland nahmen wieder zu. Seit der Jahresmitte nimmt der Preisauftrieb ab. Im November betrug der Anstieg der Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise im Jahresvergleich 2.3 % bzw. 3.4 %.

In **Deutschland** dürfte die Wirtschaft 2011 mit 3 % deutlich schneller als im restlichen Euroraum gewachsen sein. Die Wirtschaft ist somit das konjunkturelle Zugpferd des Euroraums geblieben. Die hohe Kapazitätsauslastung und die niedrigen Finanzierungskosten haben zu hohen Zuwächsen der Ausrüstungsinvestitionen geführt, und auch in der Bauwirtschaft hat sich die Dynamik deutlich verstärkt. Die Erholung des privaten Konsums festigte sich im Jahresverlauf und trug so zur Belebung der

Binnennachfrage bei. In der zweiten Jahreshälfte 2011 schwächte sich die Auslandsnachfrage zunehmend ab, gleichzeitig gaben auch die Importe nach, wodurch sich der Leistungsbilanzüberschuss im Jahr 2011 wieder vergrößert hat. Die Inflation dürfte im Jahresdurchschnitt über 2 % liegen, die Arbeitslosigkeit ist weiter gesunken. Die gute Wirtschaftslage hat 2011 zu einer Verbesserung der öffentlichen Finanzen geführt. Für 2012 zeichnet sich zwar eine deutlich langsamere Gangart in der deutschen Wirtschaftsentwicklung ab, die gute Verfassung des Arbeitsmarktes und das im internationalen Vergleich geringe Budgetdefizit sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen bilden jedoch eine robuste Grundlage für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Das Institut erwartet für 2012 ein BIP-Wachstum von 0.8 %. Eine Nachfrageabschwächung wird es vor allem im Auslandsgeschäft geben, die dann auch die Investitionstätigkeit bremsen wird. Die Inflation dürfte 2012 unter die 2-Prozent-Marke fallen.

Im dritten Quartal 2011 ist das deutsche BIP zum Vorquartal um 0.5 % bzw. im Vorjahresvergleich um 2.6 % gewachsen. Starke positive Impulse kamen wiederum von den Exporten und von den Ausrüstungsinvestitionen. Eine schwächere Dynamik verzeichneten der private und der öffentliche Konsum. Im vierten Quartal dürfte die Konjunktur jedoch an Tempo verloren haben. Eine Wachstumsabschwächung könnte es vor allem in der Außenwirtschaft gegeben haben, während steigende Beschäftigungszahlen auf eine solide Inlandsnachfrage hinweisen. Im November verzeichnete der Auftragseingang zum ersten Mal seit Mai wieder einen Zuwachs, der die pessimistischen Erwartungen der Unternehmen etwas abgeschwächt hat.

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft hat sich im November erstmals seit vier Monaten wieder verbessert. Der leichte Anstieg resultierte aus geringfügig besseren Geschäftserwartungen der Unternehmen, während sie die aktuelle Geschäftslage unverändert positiv beurteilten. Der Teilindex für das Verarbeitende Gewerbe ist im November jedoch leicht gesunken, weil vom Auslandsgeschäft kaum Impulse erwartet werden. Der *Markit Flash Deutschland Composite Index Produktion* ist im Dezember, nach einem Rückgang im November, mit 51.3 Punkten wieder in die Wachstumszone zurückgekehrt. Die Wachstumsimpulse gingen vor allem vom Dienstleistungssektor aus, wo die Geschäfte wieder deutlich besser liefen als in den zurückliegenden vier Monaten. In der Güterverarbeitenden Industrie setzte sich die rückläufige Entwicklung abgeschwächt fort. Bei den Auftragseingängen verlangsamte sich im Dezember der Rückgang. Aus den Umfragen von ifo und Markit geht hervor, dass die Unternehmen trotz der erwarteten Geschäftseinbußen planen, weiterhin Personal einzustellen, wenn auch so wenig wie seit gut einem Jahr nicht mehr. Die Arbeitslosenquote ist im Oktober mit 5.5 % auf ein Rekordtief gefallen. Die Kosten der Unternehmen sanken den dritten Monat in Folge, weil sie Rohstoffe günstiger einkaufen konnten. Die Erzeugerpreise stiegen im Oktober im Vorjahresvergleich nur noch um 5.3 %. Die Inflation blieb im November mit 2.8 % hoch.

In **Italien** dürfte die Wirtschaft 2011 um 0.6 % gewachsen sein. Somit verlangsamte sich die Konjunktur im ablaufenden Jahr wieder beträchtlich. Der Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen ist im Jahresverlauf abgeebbt, zurückzuführen auf trübere Gewinnerwartungen in der Industrie. Die Einsparungsmaßnahmen der öffentlichen Hand belasteten die Bauindustrie. Die Konsumenten blieben wegen der Inflation und der ungünstigen Arbeitsmarktlage zurückhaltend. Käufe von langlebigen Kon-

sumgütern wurden daher aufgeschoben. Die Inflation hat 2011 voraussichtlich 2.8 % betragen. Die Arbeitslosigkeit blieb mit 8.2 % weiterhin hoch. In der ersten Jahreshälfte 2012 wird die italienische Wirtschaft voraussichtlich in eine Rezession abgleiten. Das Institut erwartet daher, dass die Wirtschaftsleistung im Jahr 2012 um 0.4 % sinken wird. Einen Rückgang wird es in der Investitionstätigkeit geben, und auch die Nachfrage aus dem Ausland wird deutlich nachlassen. Die Bedingungen am Arbeitsmarkt werden sich somit verschlechtern, was sich negativ auf die Konsumfreude der privaten Haushalte auswirkt. Die Inflation könnte sich nur geringfügig abschwächen. Die Ratingagenturen *Moody's* und *Standard & Poor's* haben die Kreditwürdigkeit des hoch verschuldeten Landes (120 % des BIP) deutlich herabgestuft. Die dadurch stark ansteigenden Zinssätze dürften in den kommenden Jahren die Investitionen und den Abbau der Staatsschulden beeinträchtigen.

Im vierten Quartal 2011 dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung deutlich abgeschwächt haben. Der Rückgang bei den Auftragseingängen im dritten Quartal weist verstärkt auf sinkende Aktivitäten in der Güterverarbeitenden Industrie hin. Der *Markit/ADACI Italy Manufacturing PMI* hat im November 44 Punkte betragen, nach 43.3 Punkten im Oktober, was auf einen Rückgang in der Güterverarbeitenden Industrie hindeutet. Auch im Dienstleistungssektor sinken die Aktivitäten und die Auftragslage bleibt schlecht. Der entsprechende Indexwert hat im November 45.8 Punkte betragen, nach 43.9 Punkten im Oktober. In der Industrie sinkt auch die Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote stieg im Oktober auf 8.5 % an. Während sich die Kosten in der Industrie zunehmend abflachen, steigen die Erzeugerpreise noch immer an. Im Oktober legten sie gegenüber dem Vorjahr um 4.5 % zu, die Verbraucherpreise haben im November um 3.7 % zugenommen.

In **Frankreich** ist das BIP 2011 voraussichtlich um 1.7 % gewachsen. Der private Konsum ist verhalten ausgefallen. Die Impulse gingen vor allem von den sehr belebten Ausrüstungsinvestitionen aus, die im Jahresdurchschnitt um 16 % zugenommen haben dürften. Der Investitionsboom, der Anfang 2010 begonnen hatte schwächt sich seit der Jahresmitte 2011 deutlich ab. Die Baukonjunktur stabilisierte sich zunehmend. Die Außenwirtschaft konnte hingegen nicht zum Wirtschaftswachstum beitragen. Der Inflationsdruck dürfte sich mit 2.2 % nur geringfügig verstärkt haben. 2012 wird sich das Wirtschaftswachstum auf 0.7 % abschwächen. Die Ausrüstungsinvestitionen werden kaum noch zunehmen und die Exportnachfrage wird weiter nachlassen. Das Regierungsziel, das Budgetdefizit um 20 % zu kürzen, soll durch Einsparungen im öffentlichen Bereich und durch das Abschaffen von Steuererleichterungen umgesetzt werden. Am Arbeitsmarkt werden sich 2012 die Bedingungen voraussichtlich wieder verschlechtern. Die Teuerung dürfte kaum nachlassen und bei 2 % liegen.

Das französische BIP ist im dritten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorquartal um 0.4 % gewachsen, gegenüber dem Vorjahr stieg es um 1.6 %. Alle Teilaggregate verzeichneten eine positive Entwicklung. Die Wachstumsrate der Ausrüstungsinvestitionen war dabei am höchsten, gefolgt von den Exporten. Nach einem Rückgang im zweiten Quartal trug diesmal auch der private Konsum zum Wachstum bei. Im vierten Quartal dürfte der Konsum die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gestützt haben. In der Industrie hat sich die Konjunktur hingegen verschlechtert. Am Jahresende verlangsamte sich jedoch der Abwärtstrend. Der *Markit Flash France Composite Output Index* stieg im Dezember auf 49.8 Punkte, von 48.8 Punkten im November. In beiden Teilbereichen, in der Güterverarbeitenden

Industrie und im Dienstleistungssektor, haben sich die Bedingungen wieder aufgehellt. Im Dienstleistungssektor weiteten sich die Aktivitäten zum ersten Mal seit drei Monaten wieder aus, in der Güterverarbeitenden Industrie hat sich der Pessimismus weiter abgeschwächt. In der französischen Industrie nimmt nun auch die Beschäftigung wieder zu. Die Arbeitslosenquote hat im Oktober 9.8 % betragen. Die Preise steigen wieder stärker als in den Sommermonaten. Im Oktober sind die Erzeugerpreise um 4.5 % gestiegen. Die Verbraucherpreise legten im November um 2.7 % zu.

Im **Vereinigten Königreich** hat 2011 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 0.9 % betragen. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand und Steuererhöhungen haben im ablaufenden Jahr zum Abbau des Budgetdefizits beigetragen, belasteten aber auch die konjunkturelle Entwicklung des Landes. Die Konsumausgaben sind gefallen, was primär auf die moderate Einkommensentwicklung zurückzuführen ist. Einen deutlichen Rückgang gab es auch bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen. Die positiven Impulse kamen vorwiegend von der Außenwirtschaft, die von der Wechselkursentwicklung gestützt wurde. Aufgrund von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, die den Abbau von öffentlicher Beschäftigung vorsehen, ist die Arbeitslosigkeit 2011 nicht zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt 8 % ausmachen. Die hohe Jahresinflation ist auf die Entwicklung der Rohstoff- und Lebensmittelpreise sowie auf die Anhebung der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn zurückzuführen. Die *Bank of England* dürfte die Zinsen jedoch auf dem derzeitigen Niveau von 0.5 % belassen, weil die Arbeitnehmerentgelte nur langsam steigen und die Kreditnachfrage schleppend ausfällt. Das Institut erwartet für das Vereinigte Königreich einen BIP-Rückgang zu Jahresbeginn 2012. Rückläufig dürften sich die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen entwickeln, und in der Außenwirtschaft wird das Defizit zunehmen. Eine schwache Belebung könnte es hingegen in der Konsumnachfrage geben. Im Jahresdurchschnitt 2012 ist mit einem BIP-Wachstum von 0.5 % zu rechnen. Die Inflation dürfte sich 2012 nur geringfügig abschwächen und die Arbeitslosenquote wird weiter ansteigen.

Die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs ist im dritten Quartal 2011 zum Vorquartal und auch zum Vorjahresquartal um 0.5 % gewachsen. Die stärksten Impulse kamen von den Ausrüstungsinvestitionen und vom öffentlichen Konsum, die anderen Teilaggregate verzeichneten einen Rückgang, der bei den Bauinvestitionen und im Export am stärksten ausgeprägt war. Im vierten Quartal hat die Konjunktur voraussichtlich weiter an Schwung verloren. Im Einzelhandel stagnierte der Umsatz und in der Güterverarbeitenden Industrie hat die Nachfrage nachgelassen. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing PMI* ist im November auf 47.6 Punkte gefallen und hat den tiefsten Stand seit Juni 2009 erreicht. Der größte Rückgang wurde in der Produktion von Konsumgütern verzeichnet, etwas schwächer war der Rückgang bei Vorleistungs- und Investitionsgütern. Die Verschlechterung der Auftragslage in der gesamten Güterverarbeitenden Industrie ist gleichermaßen auf die fehlende Nachfrage aus dem In- und Ausland zurückzuführen. Der Index für den Dienstleistungssektor deutet noch immer auf ein Wachstum hin, die Auftragslage hat sich jedoch auch hier verschlechtert. Der Index für die Baubranche signalisiert eine moderate Ausweitung der Aktivitäten. Laut *Recruitment and Employment Confederation* und KPMG schwächt sich der Zuwachs bei der Nachfrage nach Arbeitskräften weiterhin ab. Im Vereinigten Königreich ist der Preisdruck deutlich stärker als im Euroraum. Die Verbraucherpreise

stiegen im Oktober um 5 %. Eine Entspannung ist bei den Erzeugerpreisen zu beobachten, hier lässt der Preisdruck seit der Jahresmitte nach und lag im November bei 5.4 %.

Die Wirtschaft der **Schweiz** hat 2011 ein Wachstum von voraussichtlich 1.7 % erzielt. Die konjunkturelle Entwicklung wurde im ablaufenden Jahr von der Franken-Stärke geprägt. Aufgrund der Wettbewerbsverschlechterung in der Außenwirtschaft ist die Investitionstätigkeit, insbesondere bei den Ausrüstungsinvestitionen, sehr verhalten verlaufen. Die gedämpften Konjunkturerwartungen haben die privaten Haushalte verunsichert und zu einer Abschwächung der Konsumnachfrage geführt. Der Beitrag der Binnenwirtschaft zum BIP-Wachstum hat sich somit abgeschwächt. Neben den schleppend wachsenden Exporten hat auch die Importtätigkeit deutlich nachgelassen, was zu einem Nettoüberschuss in der Außenwirtschaft geführt hat. Die Inflationsrate dürfte 2011 bei nur 0.2 % liegen. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) dürfte daher auf absehbare Zeit das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert auf dem Tiefststand von 0 % – 0.25 % belassen. Die Konjunktur dürfte zum Jahreswechsel kurzzeitig Schwäche zeigen, im Jahresdurchschnitt 2012 ist jedoch mit einer Zunahme des BIP um 0.8 % zu rechnen. Die Konjunkturerwicklung bleibt von der kostenseitigen Belastung der Außenwirtschaft durch den starken Franken sowie von der merklich verlangsamten Gangart der Weltkonjunktur geprägt. Die hiermit verbundenen Export- und Gewinneinbußen werden die Investitionsbereitschaft der Unternehmen weiterhin belasten. In der Baubranche dürfte sich die Konjunktur abkühlen. Der Überschuss in der Leistungsbilanz wird sich voraussichtlich nicht mehr ausweiten. Die Inflation bleibt trotz der expansiven Geldpolitik 2012 moderat. Die Erholung des Arbeitsmarktes wird zum Erliegen kommen. Die Arbeitslosenquote dürfte 3 % betragen.

Das BIP der Schweiz ist im dritten Quartal 2011 im Vergleich zum Vorquartal um 0.2 % gewachsen, im Vorjahresvergleich legte es um 1 % zu. Wachstumstreibend waren der private und der öffentliche Konsum sowie die Bauinvestitionen. Die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte sind hingegen gefallen. Im vierten Quartal haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschlechtert. Der starke Franken belastet weiterhin die Exportindustrie. Hinzu kommt, dass sich die Turbulenzen im Zuge der Euro- und der US-Staatsschuldenkrise immer stärker in der Realwirtschaft niederschlagen. Die Auftragslage weist auf eine Verschärfung der Bedingungen in der Güterverarbeitenden Industrie hin. Das von der Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) monatlich berechnete Konjunkturbarometer ist im November überraschend deutlich abgesackt und fiel damit so schwach aus wie seit der Finanzkrise nicht mehr. Das Barometer deutet auf eine klar negative Entwicklung in den Kernbereichen Industrie, Konsum und Export hin. Lediglich die Bauwirtschaft und die Banken lagen noch im positiven Bereich. In der Schweiz sinken die Preise. Die Verbraucherpreise haben im November im Vorjahresvergleich um 0.5 % nachgegeben. Die Erzeugerpreise sanken im Vorjahresvergleich um 2.2 %. Die Verbesserung am Arbeitsmarkt ist ins Stocken geraten. Die Arbeitslosenquote ist im November mit 3 % unverändert geblieben.

In den meisten **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** sowie in **Russland** hat sich der wirtschaftliche Aufwärtstrend im dritten Quartal fortgesetzt. Lediglich Tschechien und Slowenien verzeichneten eine leicht negative Entwicklung und Bulgarien eine Stagnation gegenüber dem Vorquar-

tal. Die Auswirkungen der globalen Konjunkturabschwächung und der öffentlichen Verschuldungsproblematik im Euroraum und den USA schlagen sich auch in den neuen Mitgliedstaaten nieder.

Im Prognosezeitraum dürfte sich das Expansionstempo in Mittel- und Osteuropa, im Einklang mit der Abkühlung der Konjunktur in Westeuropa, weiter zurückbilden. Diese Abschwächung ist wesentlich auf eine nachlassende Exportnachfrage und entsprechend revidierte Produktionsplanungen in der Industrie zurückzuführen, während vom privaten Konsum keine zusätzlichen Impulse ausgehen werden. Wegen der hohen Risikoaversion ist mit weiterhin schwachen Kapitalzuflüssen und einer restriktiven Kreditvergabe in diesen Ländern zu rechnen. Zwar wird die Region noch nicht an die hohen BIP-Wachstumsraten von vor der Krise anknüpfen können, dennoch wird das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum 2012 und 2013 1.4 bzw. 1.3 Prozentpunkte betragen und die Konvergenz somit weiter fortschreiten. Im Ergebnis erwartet das Institut eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten um 2.9 % in diesem und um 1.8 % im nächsten Jahr. 2013 dürfte das Wachstum wieder an Fahrt gewinnen und 2.7 % erreichen.

Im dritten Quartal 2011 ist das BIP in **Ungarn** um 1.4 % gegenüber dem Vorjahresquartal und um 0.5 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen. Wie in den Vorquartalen trugen die dynamische Entwicklung der Exporte und der Lageraufbau maßgeblich zum BIP-Wachstum bei. Infolge des weiteren Rückgangs der Transferzahlungen stagnierte der private Konsum. Die Investitionen blieben stark rückläufig. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug im November 4.3 %, zurückzuführen auf die Zunahme der Lebensmittel- und Energiepreise. Eine Beschleunigung der Inflation ist wegen der Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2012 zu erwarten. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober mit 9.8 % unter dem Vorjahresniveau. Die Dynamik der Auslandsnachfrage wird sich in der Prognoseperiode weiter abschwächen. Dagegen dürfte die Erhöhung der Exportkapazitäten durch den Produktionsbeginn in zwei neuen Werken (Mercedes und Hankook) im Laufe des Jahres 2012 wirken. Infolge der signifikanten Kürzungen im Sozialbereich (einschließlich der Begrenzung des Arbeitslosengeldbezugs auf drei Monate) und der möglichen vorzeitigen Rückzahlung der Fremdwährungskredite ist in der Prognoseperiode mit einem schwachen privaten Konsum zu rechnen. Der weitere Abbau des Budgetdefizits wird das Wachstum in den nächsten Jahren dämpfen. Für 2011 und 2012 ist eine Steigerung des BIP um 1.5 % bzw. 0.3 % zu erwarten. Für 2013 wird mit einer Beschleunigung auf 1.7 % gerechnet.

Das kräftige Wirtschaftswachstum in **Polen** setzte sich im dritten Quartal mit einem BIP-Anstieg um 1 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 4.2 % im Vorjahresvergleich fort. Dabei fungierte der Konsum als Hauptmotor, da bei rückläufiger Inflation und zunehmender Beschäftigung die real verfügbaren Einkommen stiegen. Die Anlageinvestitionen wuchsen, auch aufgrund der Infrastrukturinvestitionen in Vorbereitung auf die UEFA EURO 2012. Die Zunahme des Konsums und der Investitionen führte zur Ausweitung der Importe, die aber weniger stark als die Exporte expandierten. Die Inflation blieb auf einem hohen Niveau und betrug im Oktober 4.3 %. Die Arbeitslosenquote belief sich im Oktober auf 9.9 %. Damit lag sie um 0.3 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. 2011 wird das BIP-Wachstum voraussichtlich 4 % erreichen, 2012 und 2013 dürfte das BIP infolge fiskalpolitischer Maßnahmen zur

Budgetkonsolidierung und schwächerer Investitionen nach der UEFA EURO 2012 mit Wachstumsraten von 2.5 % bzw. 3 % langsamer steigen.

Im dritten Quartal 2011 nahm die Wirtschaftsleistung in **Tschechien** im Vorjahresvergleich um 1.2 % zu, gegenüber dem Vorquartal schrumpfte das BIP um 0.1 %. Die Investitionen und der Konsum entwickelten sich negativ, die Nettoexporte trugen hingegen wesentlich zum BIP-Wachstum bei. Im Jahresvergleich nahm die Beschäftigung leicht zu, sodass die Arbeitslosenquote auf 6.7 % fiel. Die Inflation beschleunigte sich im November, blieb aber mit 2.5 % relativ niedrig. In den Jahren 2011 und 2012 dürfte die tschechische Wirtschaft wegen der schwachen Inlandsnachfrage um 1.8 % bzw. 1.3 % wachsen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer 2012 um 4 Prozentpunkte auf 14 % könnte den privaten Konsum und die Bauinvestitionen dämpfen. Erst 2013 dürfte sich das BIP-Wachstum auf 2.5 % beschleunigen.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres nahm die Wirtschaftsleistung in der **Slowakei** im dritten Quartal 2011 um 3 % bzw. gegenüber dem Vorquartal um 0.8 % zu. Das Wachstum wurde von den Nettoexporten und den Investitionen getragen. Die staatliche Förderung des Infrastrukturausbaus, kofinanziert durch die EU-Strukturfonds, führte zu einer Belebung der Investitionen, die in der Prognoseperiode anhalten wird. Die privaten Wohnbauinvestitionen – die in den Vorjahren einen wichtigen Beitrag zum Wachstum leisteten – und der private Konsum blieben hingegen schwach. Im November betrug die Inflationsrate 4.6 %. Die Arbeitslosenquote belief sich im Oktober auf 13.6 % und lag damit unter dem Niveau des Vorjahres. Die Rückführung des hohen Budgetdefizits und der Arbeitslosigkeit sowie die steigende Auslandsverschuldung sind wichtige wirtschaftspolitische Herausforderungen. Die schwächere Konjunktur in den Haupthandelspartnerländern und die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen dürften das BIP-Wachstum dämpfen. Alles in allem wird mit einem Wachstum von 3 % im Jahr 2011, 1.5 % 2012 und wiederum 3 % im Jahr 2013 gerechnet.

Im dritten Quartal sank das BIP in **Slowenien** um 0.5 % im Vorjahresvergleich. Gegenüber dem Vorquartal nahm es um 0.2 % ab. Das negative Quartalsergebnis ist auf die rückläufige Entwicklung der Inlandsnachfrage zurückzuführen. Die Ausrüstungsinvestitionen und insbesondere die Bauinvestitionen blieben infolge der kräftigen Verlangsamung der Kreditvergabe stark rückläufig. Mit einer leichten Belebung der Investitionen ist erst 2013 zu rechnen. Die Nettoexporte nahmen hingegen leicht zu. Die Inflation belief sich im November auf 2.7 %. Die schwächere Auslandsnachfrage sowie die Budgetkonsolidierung werden 2012 dämpfend auf das Wachstum wirken. Für 2011 und 2012 wird mit einem BIP-Wachstum von jeweils 1 %, für 2013 mit einer Steigerung auf 1.8 % gerechnet.

Im dritten Quartal stieg das BIP in **Rumänien** um 4.4 % im Vorjahresvergleich, gegenüber dem Vorquartal nahm es um 1.8 % zu. Der private Konsum und die Anlageinvestitionen – insbesondere im Bereich Infrastrukturausbau – trugen das Wachstum. Gleichzeitig profitierte die Industrie von der Auslandsnachfrage. Allerdings wuchsen die Importe schneller als die Exporte und der Beitrag der Nettoexporte war negativ. Begünstigt durch eine sehr gute Ernte, die zur Senkung der Lebensmittelpreise führte, sank die jährliche Inflationsrate im November auf 3.4 %. Die Arbeitslosenquote betrug im Oktober 7.3 %. Die noch sehr niedrige EU-Kapitalabsorptionsrate von 3.7 % (Ende September 2011) zeigt,



dass es ein großes Potenzial für höhere öffentliche Investitionen gibt. Durch die Senkung des nationalen Kofinanzierungsbeitrags auf 5 % des Projektvolumens aus EU-Strukturfonds dürfte die Absorptionsrate in der Prognoseperiode erhöht werden. Nach einer Schrumpfung in den beiden letzten Jahren wird das BIP 2011 um 2.2 %, 2012 um 1.5 % und 2013 um 2.7 % steigen.

Im dritten Quartal wuchs das BIP in **Bulgarien** im Vergleich zum Vorjahresquartal um 1.3 %. Gegenüber dem Vorquartal stagnierte es. Die Entwicklung wurde vom privaten Konsum getragen. Bei rückläufiger Inflation und zunehmender Beschäftigung stiegen die real verfügbaren Einkommen. Die Investitionen schrumpften hingegen. Infolge steigender Importe wurde der Beitrag der Nettoexporte negativ. Die Inflationsrate fiel im November auf 2.6 %, die Arbeitslosenquote belief sich im Oktober auf 12.1 %, um 0.8 Prozentpunkte höher als vor einem Jahr. Die hohe Arbeitslosigkeit und die Verschuldung der Haushalte und Unternehmen dämpfen das BIP-Wachstum in der Prognoseperiode. In den Jahren 2011 und 2012 dürfte das Wirtschaftswachstum 1.8 % bzw. 2 % betragen. Eine Beschleunigung auf 2.7 % wird für 2013 erwartet.

In **Kroatien** setzte sich die positive Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität im dritten Quartal mit einem Wachstum von 0.6 % gegenüber dem Vorjahresquartal fort. Diese Entwicklung ist hauptsächlich auf die Nettoexporte zurückzuführen. Die Ausrüstungsinvestitionen entwickelten sich hingegen weiter negativ. Der Konsum blieb schwach, da die schwierigen Arbeitsmarktbedingungen auf die Einkommen drücken. Im Oktober betrug die Inflationsrate 2.6 % und die Arbeitslosenquote sank auf 13 %. Die hohe Verschuldung der privaten Haushalte und der Unternehmen dämpft die Inlandsnachfrage in der Prognoseperiode. 2011 und 2012 könnte das BIP-Wachstum 0.5 % bzw. 1 % erreichen. 2013 dürfte es 1.5 % betragen. Der EU-Beitritt im Juli 2013 dürfte das Vertrauen für neue ausländische Direktinvestitionen stärken.

Im dritten Quartal beschleunigte sich das BIP-Wachstum in **Russland** im Vergleich zum Vorjahresquartal auf 4.8 %. Getragen wurde die Expansion sowohl von den Exporten, die von den hohen Ölpreisen und einer sehr guten Getreideernte profitierten, als auch von den Bauinvestitionen und vom privaten Konsum. Dieser wurde durch eine sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Realeinkommen gestützt. Die Inflation, die im August noch bei 8.2 % gelegen hatte, sank im November auf 6.8 %. Die Arbeitslosenquote belief sich im Oktober auf 6.4 %. Die starke internationale Nachfrage nach Rohstoffen und der hohe Ölpreis werden die Entwicklung der russischen Wirtschaft in den nächsten Jahren weiter stützen. Das Volumen der russischen Exporte wird voraussichtlich wegen des geringen Wachstums der Ölproduktion relativ langsam steigen. Im Prognosezeitraum dürfte das Wachstum auf einem hohen Niveau bleiben. Wachstumstreiber sind neben den Investitionen der öffentliche und der private Konsum, zumal die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen ist. Infolgedessen könnte das BIP 2011 um 4 %, 2012 um 3.8 % und 2013 wieder um 4 % zunehmen.

## Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2009	2010	2011	2012	2013
Welthandel	-12.7	14.9	6.5	4.5	7.0
BIP, real					
Deutschland	-5.1	3.7	3.0	0.8	1.8
Italien	-5.1	1.5	0.6	-0.4	0.5
Frankreich	-2.7	1.5	1.7	0.7	1.5
Vereinigtes Königreich	-4.4	1.8	0.9	0.5	1.7
Schweiz	-1.9	2.7	1.7	0.8	2.0
USA	-3.5	3.0	1.7	2.0	2.3
Japan	-6.3	4.1	-0.5	2.0	1.5
China	9.2	10.4	9.2	8.5	9.0
Polen	1.6	3.9	4.0	2.5	3.0
Slowakei	-4.9	4.2	3.0	1.5	3.0
Tschechien	-4.7	2.7	1.8	1.3	2.5
Ungarn	-6.8	1.3	1.5	0.3	1.7
Slowenien	-8.0	1.4	1.0	1.0	1.8
Bulgarien	-5.5	0.2	1.8	2.0	2.7
Rumänien	-6.6	-1.9	2.2	1.5	2.7
Kroatien	-6.0	-1.2	0.5	1.0	1.5
Russland	-7.8	4.0	4.0	3.8	4.0
Euroraum	-4.2	1.9	1.6	0.4	1.4
NMS-12	-3.3	2.3	2.9	1.8	2.7
EU-27	-4.3	1.9	1.7	0.5	1.6
OECD	-3.8	3.1	1.9	1.7	2.2
Österreichische Exportmärkte	-11.5	11.4	6.8	4.3	6.8
USD/EUR Wechselkurs <sup>*)</sup>	1.39	1.33	1.39	1.34	1.34
Rohölpreise <sup>*)**)</sup>	61.7	79.9	111.7	110.0	115.0

Quelle: Eurostat, IMF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen.

\*) absolute Werte

\*\*) USD/barrel

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die Nachfrage nach österreichischen Produkten aus dem Ausland dürfte sich 2011 auf hohem Niveau abgeschwächt haben. Während in der ersten Jahreshälfte die Exporte von Waren und Dienstleistungen sehr belebt ausfielen, schwächte sich seit der Jahresmitte die Auslandsnachfrage zunehmend ab. Entsprechend der schwachen Entwicklung der österreichischen Exportmärkte erwartet das Institut für 2012 eine markante Wachstumsverlangsamung der Ausfuhren. Die Exportpreise haben im Jahresdurchschnitt 2011 markant angezogen. 2012 kann mit einer Abschwächung des Preisauftriebs in der Außenwirtschaft gerechnet werden. Die Handelsbilanz, die 2011 voraussichtlich einen leicht negativen Saldo ausgewiesen hat, dürfte auch 2012 leicht negativ bleiben. 2013 könnte die österreichische Handelsbilanz wieder einen Überschuss aufweisen.

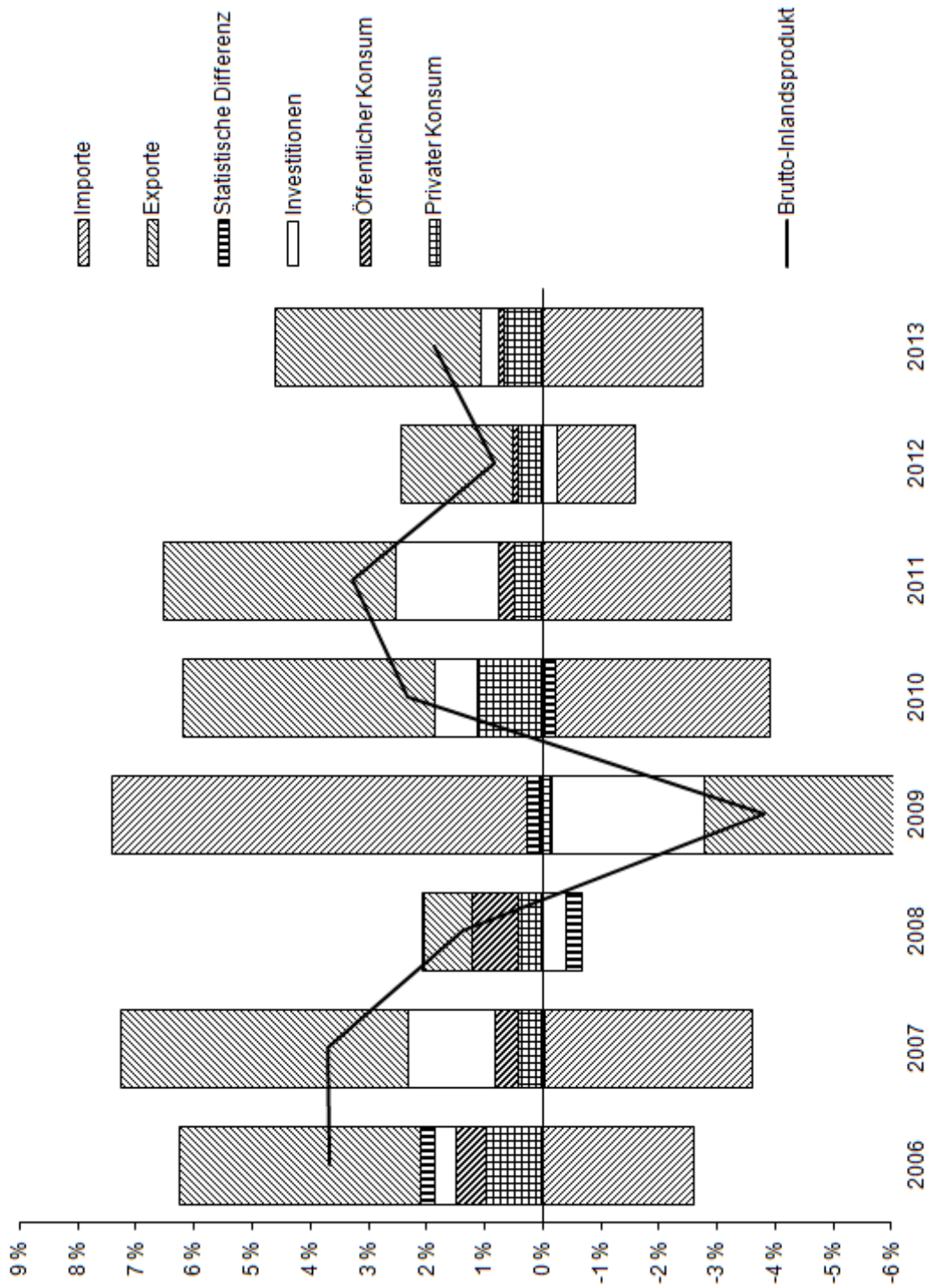
Im dritten Quartal 2011 sind die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria gegenüber dem Vorjahresquartal um 9 % gewachsen. Die Exporte in den Euroraum stiegen dabei um 8.4 % und die Exporte in andere Länder um 9.7 %. Eine starke Dynamik wiesen die Exporte nach Nordamerika und in die neuen Mitgliedstaaten der EU auf. Nach Warengruppen legten die Exporte von Chemischen Erzeugnissen um 4.3 %, von Bearbeiteten Waren um 8.5 % sowie von Maschinen und Fahrzeugen um 7.7 % zu. Die Wachstumsdynamik dieser drei Warengruppen hat sich somit deutlich verlangsamt, im Gegensatz dazu sind die Exporte von Fertigwaren kräftig angestiegen. Die Auslandsnachfrage nach österreichischen Waren hat sich im vierten Quartal 2011 voraussichtlich weiter abgeschwächt. Die Exporte in alle wichtigen Zielmärkte dürften davon betroffen sein. In den wichtigsten Produktgruppen Chemische Erzeugnisse, Bearbeitete Waren sowie Maschinen und Kraftfahrzeuge dürfte die Nachfrage weiter nachgelassen haben. Das Institut erwartet für 2011 bei den gesamten nominellen Warenexporten einen Zuwachs um 12.4 %. 2012 wird sich das Exportwachstum voraussichtlich auf 5.6 % verlangsamen. Eine Aufhellung in der Auslandsnachfrage dürfte es mit 8.9 % erst 2013 geben. Die Warenimporte haben im Jahresdurchschnitt 2011 voraussichtlich um 12.2 % zugelegt. Aufgrund der nachlassenden Welthandelsdynamik und der schwachen Binnennachfrage verlangsamt sich das Wachstum 2012 auf 3.8 %. 2013 könnten die Warenimporte mit 7.3 % wieder stärker anziehen.

Die Nächtigungen von Ausländern in Österreich sind im dritten Quartal im Vorjahresvergleich um 2.1 % gestiegen. Die Übernachtungen von Touristen aus der Schweiz, Osteuropa und Asien nahmen dabei stark zu. Deutlich schwächer war der Anstieg bei den Übernachtungen von deutschen Touristen. Nach einer guten Entwicklung im Oktober dürfte der Städtetourismus bis zum Jahresende belebt geblieben sein. Die schlechte Schneelage und die ungünstige Verteilung der Feiertage könnten den Wintertourismus dämpfen. Demnach dürften die österreichischen Reiseverkehrsexporte 2011 nominell um 2.4 % gewachsen sein. Für 2012 und 2013 werden Zuwächse von 1 % bzw. 3.7 % erwartet. Die Reiseverkehrsimporte dürften 2011 um 1.9 % zugelegt haben. 2012 wird sich ihr Wachstum auf 0.7 % abschwächen, gefolgt von einem Zuwachs um 2.8 % 2013.

2011 und 2012 werden die realen Exporte i. w. S. laut VGR um 7.2 % bzw. um 3.4 %, die realen Warenexporte um 8.1 % bzw. 4 % steigen. Die realen Importe i. w. S. laut VGR werden 2011 und 2012

um 6.6 % bzw. 2.7 % zunehmen. Für die realen Warenimporte ist 2011 und 2012 mit einem Anstieg um 6.9 % bzw. 3 % zu rechnen. 2013 werden die Wachstumsraten aller Aggregate wieder höher ausfallen.

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten

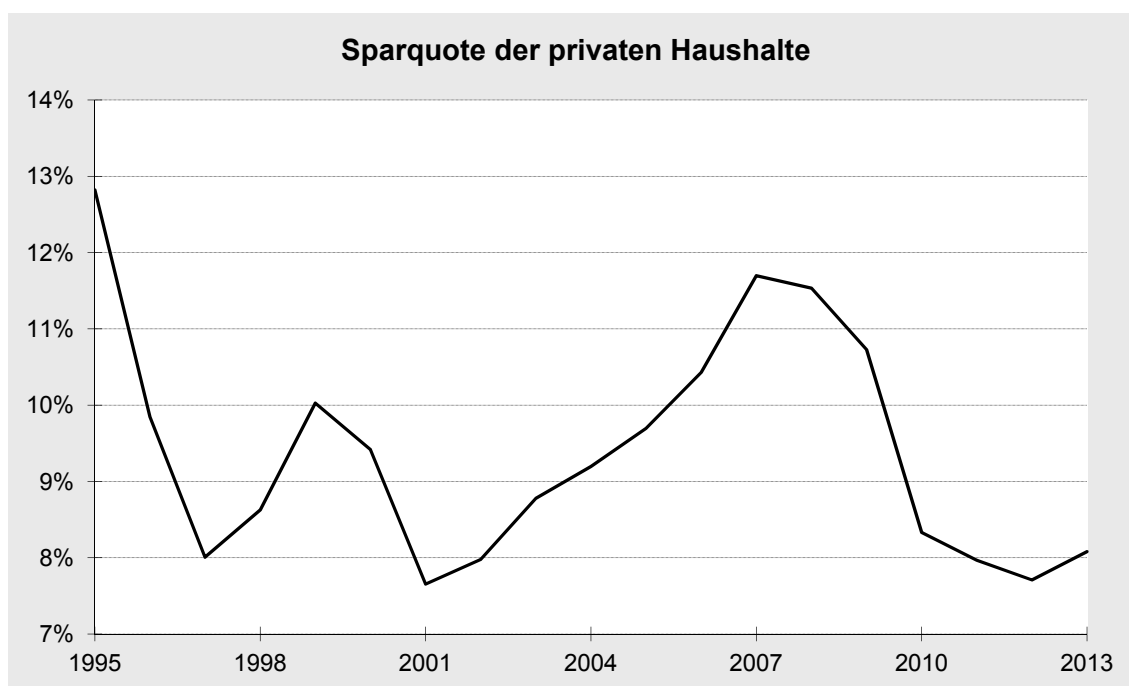




## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Die Haushaltsnachfrage ließ im ablaufenden Jahr keine übermäßigen Reaktionen auf die in den Medien dominierende Schuldenproblematik im Euroraum erkennen, die Stimmung blieb verhalten optimistisch und ausgabenfreudig. Zwar wiesen die Einzelhandelsumsätze in vielen Bereichen real rückläufige Tendenzen auf, jedoch kam es weiter zu Rekordwerten bei Kfz-Neuzulassungen, und die Nachfrage nach Dienstleistungen blieb solide. Auch im kommenden Jahr, in dem neuerlich mit keiner deutlichen Ausweitung des realen Ausgabenspielraums zu rechnen ist, werden die österreichischen Haushalte nicht auf pessimistische Zurückhaltung umschwenken.

Der **private Konsum** wird 2012 um real 0.8 % wachsen. 2013 ist dann wieder eine moderate Belebung auf 1.3 % zu erwarten. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen steigen demgegenüber im kommenden Jahr um 0.6 %, im Folgejahr um 1.7 %. Damit expandiert die Konsumnachfrage 2012 schneller als der Ausgabenrahmen, 2013 dann aber langsamer. Dieses Glätten der Einkommenschwankungen durch entsprechendes Konsumverhalten entspricht dem gewohnten Verhaltensmuster der privaten Haushalte. Die Einschätzung der Dynamik in diesem Bereich musste gegenüber der September-Prognose nur geringfügig an das wirtschaftliche Gesamtbild angepasst werden.



Die **Haushaltssparquote** ist zuletzt in Folge der Auswirkungen der globalen Rezession stärker zurückgegangen. Im Prognosezeitraum verbleibt sie im Bereich von rund 8 %. Im nächsten Jahr wird die fallende Tendenz, die seit 2007 anhält, zu Ende gehen und von einem zögernden Anstieg abgelöst, da ab 2013 stärkere Einkommenszuwächse ein Aufgreifen von Sparzielen wieder ermöglichen werden.

Das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im kommenden Jahr um 1.1 %, 2013 dann mit 1.5 % wieder etwas stärker.

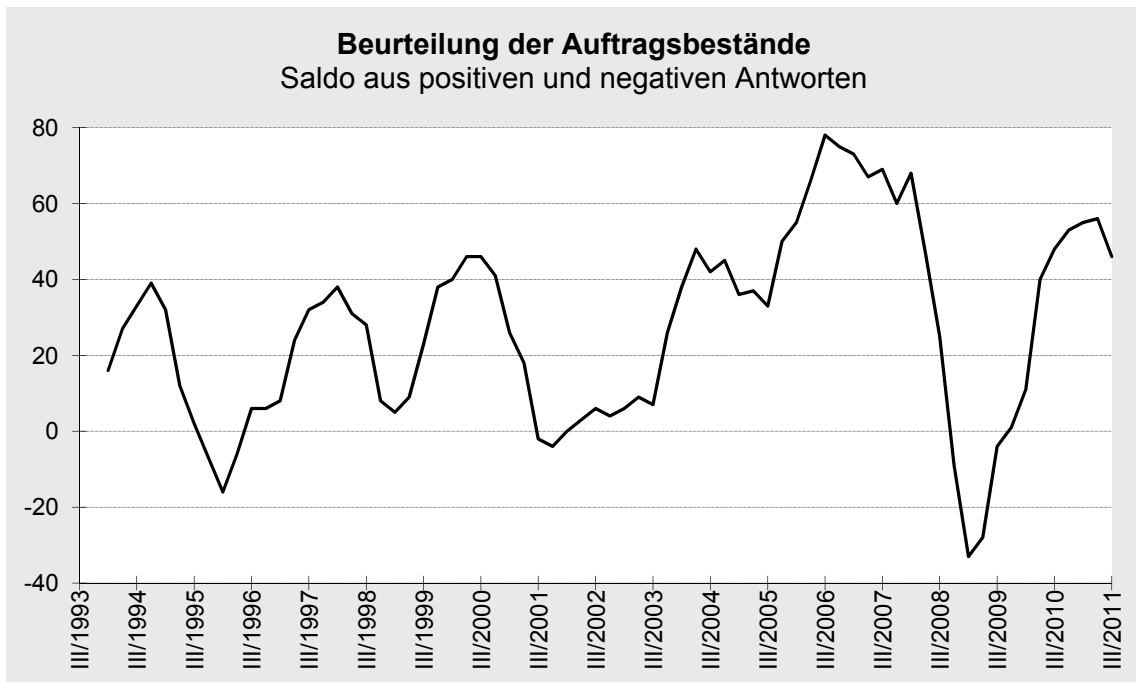
Aufgrund der guten Konjunktur und der Aufholprozesse nach dem Investitionseinbruch 2008/2009 konnte bis zum Sommer eine lebhafte Investitionstätigkeit beobachtet werden. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2011 sind die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 9.3 % gestiegen. Dabei wurden die Investitionen in Fahrzeuge um gut 25 % und die Käufe von Maschinen und Geräten um 7 % ausgeweitet. Rückläufig waren hingegen die Anschaffungen sonstiger Anlagegüter.

Die massive Verschlechterung der konjunkturellen Lage und die erhöhte Unsicherheit bezüglich der wirtschaftlichen Perspektiven beeinträchtigen die Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum. Im Zusammenhang mit den ungünstigeren Absatzerwartungen und dem sich abzeichnenden Gewinnrückgang dürften die Unternehmen geplante Investitionsvorhaben zunächst zurückstellen. Die zurückhaltende Einschätzung der Konjunktorentwicklung in den kommenden Monaten zeigt sich deutlich in der vorsichtigeren Beurteilung der Auftragsbestände und der künftigen Produktionstätigkeit in entsprechenden Umfragen bei den Industrieunternehmen in Österreich. Auch ist die Kapazitätsauslastung zuletzt wieder unter den langjährigen Durchschnitt gesunken.

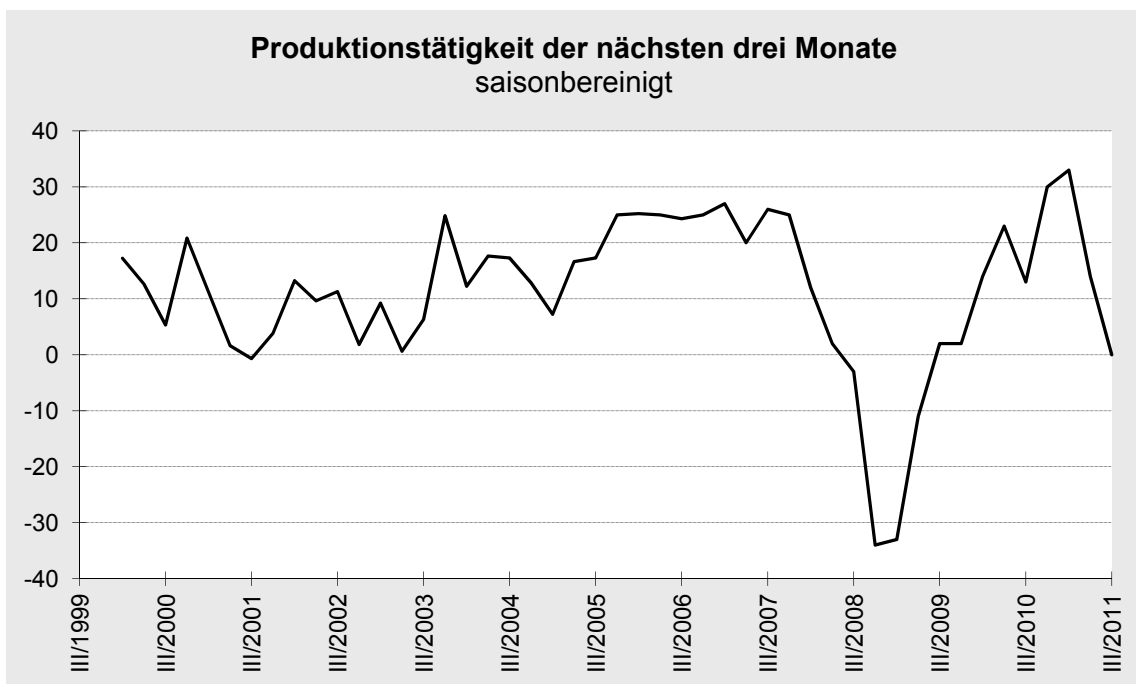
Beeinträchtigt wird die Sachkapitalbildung auch von der Finanzierungsseite. Angesichts einer Eintrübung ihrer Finanzierungsbedingungen, aber auch aufgrund unsicherer Konjunkturaussichten haben die Geschäftsbanken die Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft im dritten Quartal 2011 leicht verschärft. Für das vierte Quartal wurde eine weitere leichte Straffung der Kreditrichtlinien erwartet. Während die Unternehmen im zurückliegenden Aufschwung ihre Investitionen aufgrund steigender Erträge verstärkt aus einbehaltenen Gewinnen finanzieren konnten und so weniger auf Bankkredite angewiesen waren, verschlechtern sich mit zurückgehenden Erträgen die Innenfinanzierungsmöglichkeiten.

Alles in allem ist für den Winter 2011/2012 und das Frühjahr 2012 mit einer markanten Delle der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Dabei dürften die Investitionen zeitweilig sogar rückläufig sein. Im weiteren Prognosezeitraum sollte dann im Zuge der erwarteten Verbesserung der Konjunktur und nachlassender Unsicherheit eine Belebung der Investitionstätigkeit eintreten. Aufgrund der starken ersten drei Quartale ergibt sich für den Jahresdurchschnitt 2011 eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstige Anlagen) um 7.8 %. Im Jahr 2012 dürften sie um 1 % sinken, gefolgt von einem leichten Anstieg um 2 % im Jahr 2013.

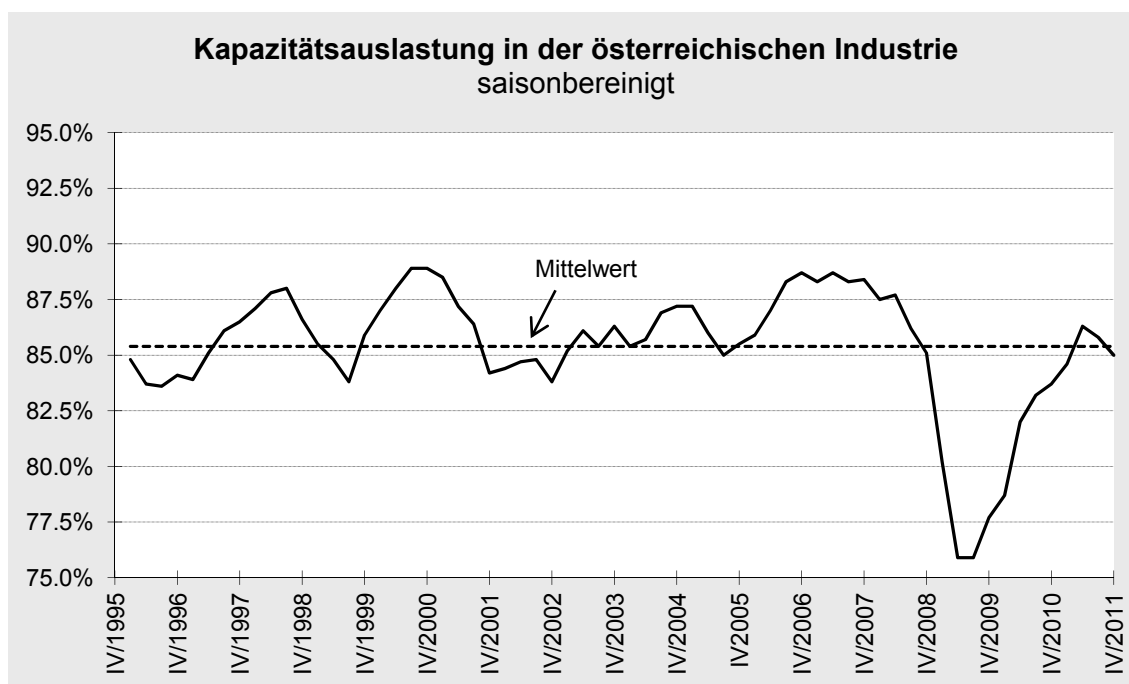




Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die kräftige weltwirtschaftliche Expansion hat bis zum Sommer 2011 zu einer lebhaften Nachfrage nach Investitionsgütern geführt. Dies erlaubte es den Investitionsgüterherstellern, gestiegene Rohstoffpreise an die Kunden weiterzugeben. Daher stiegen auch in Österreich die Ausrüstungspreise recht kräftig. Im Durchschnitt der ersten neun Monate erhöhte sich der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im Vorjahresvergleich um 2.2 %. Dabei war im Jahresverlauf eine abnehmende Dynamik zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen Schwächephase sollte der Preisdruck bei den Investitionsgütern im Prognosezeitraum deutlich nachlassen. Nach einem Anstieg um 2 % im Jahresdurchschnitt 2011 erwartet das Institut, dass der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2012 um 1.3 % und 2013 um 1.5 % zulegt.

Die **realen Bauinvestitionen** haben sich im Jahresverlauf stabilisiert. Sowohl die Wohnbauinvestitionen als auch die sonstigen Bauinvestitionen stiegen im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 0.3 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Produktionsdaten zeigen, dass sich der Hochbau positiv, der Tiefbau hingegen negativ entwickelte. Im Hochbau stieg die Produktion im Wohnbau und vor allem im Industrie- und Ingenieurbau sowie im Bereich der Adaptierungsarbeiten. Im Tiefbau waren Rückgänge beim Straßen-, Schienen- und Tunnelbau für die negative Entwicklung verantwortlich. Nur der Brückenbau wurde ausgeweitet.

Im Prognosezeitraum sollte sich der Wohnbau weiter positiv entwickeln, während die Unternehmen im Zuge der konjunkturellen Eintrübung ihre Bauinvestitionen zurückstellen. Dieses Muster signalisieren auch die Baugenehmigungen. Diese stiegen bis zuletzt im Bereich des Wohnbaus, während die Genehmigungen für Nicht-Wohngebäude deutlich zurückgingen. Der Wohnbau wird von der relativ robusten Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen und der weiter steigenden Beschäftigung gestützt.

Bremsend wirkt hingegen die erwartete Verschärfung der Kreditstandards durch die Geschäftsbanken. Zudem dürften die geforderte Stärkung der Eigenkapitalbasis und die verschärften Anforderungen hinsichtlich der Risikotragfähigkeit die Geschäftsbanken dazu veranlassen, bei der Kreditvergabe zurückhaltender zu agieren.

Die Auftragsbestände deuten darauf hin, dass die Tiefbauinvestitionen im Prognosezeitraum wieder etwas ausgeweitet werden. Vor dem Hintergrund der Bemühungen um eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist in diesem Bereich aber nur mit moderaten Zuwächsen zu rechnen.

Alles in allem ist mit einer leichten Zunahme der Bauinvestitionen im Prognosezeitraum zu rechnen. Allerdings bleiben die Zuwächse mit jeweils 0.5 % in diesem und im kommenden Jahr sowie 1 % im Jahr 2013 erneut deutlich hinter dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum zurück.

Mit einer Zunahme um 3.5 % stieg der Deflator der Bauinvestitionen im Durchschnitt der ersten neun Monate 2011 weiterhin kräftig. Die Baupreise waren im Hochbau um 2.9 % und im Tiefbau um 4 % höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Jahresverlauf schwächte sich der Preisauftrieb allerdings deutlich ab. Weiterhin wurde die Entwicklung der Baupreise maßgeblich durch Preisanstiege für Treibstoffe und Bitumen, letztlich also durch den zurückliegenden Ölpreisanstieg beeinflusst. Aufgrund der internationalen Konjunkturschwäche sollten sich in den kommenden Monaten die Energie- und Rohstoffpreise stabilisieren. Damit dürfte sich auch der Preisauftrieb bei den Bauinvestitionen abschwächen. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass sich der Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen von 3.4 % im Jahr 2011 auf 2.5 % im Jahresdurchschnitt 2012 bzw. 2.2 % im Jahr 2013 abschwächt.

Für die **realen Bruttoanlageinvestitionen** impliziert die Prognose einen Anstieg um 3.8 % im laufenden Jahr, einen leichten Rückgang um 0.2 % im kommenden Jahr und eine Ausweitung um 1.5 % im Jahr 2013. Im Zuge des kräftigen Konjunkturaufschwungs haben die Unternehmen bis zum Sommer ihre Lagerbestände deutlich aufgestockt. Daher stiegen die gesamten realen Bruttoinvestitionen (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) im Vorjahresvergleich um 11.7 %, während die Bruttoanlageinvestitionen lediglich um 4.6 % ausgeweitet wurden. Aufgrund des Nachfragerückgangs, der stärker als noch vor kurzem erwartet ausfällt, dürften die Unternehmen ihre Lagerbestände in den kommenden Monaten nicht weiter aufbauen, sondern im Gegenteil eher wieder reduzieren. Daher erwartet das Institut, dass die Lagerbestandsveränderungen das Wirtschaftswachstum heuer stützen, im kommenden Jahr aber dämpfen und 2013 wachstumsneutral sein werden. Alles in allem dürften die **realen Bruttoinvestitionen** im laufenden Jahr um 8.6 % gestiegen sein. Für 2012 beläuft sich die Institutsprognose auf einen Rückgang um 1.2 %, gefolgt von einem Anstieg um 1.4 % im Jahr 2013.

Im Prognosezeitraum bleibt die Lage bei den **öffentlichen Haushalten** ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen weiterhin sehr angespannt. Gegenüber dem Jahr 2010 sinkt die Defizitquote heuer zwar merklich, wird in den folgenden Jahren aber auf diesem Niveau verharren. Nach 4.4 % des BIP im letzten Jahr wird die Defizitquote nach Maastricht in diesem Jahr bei 3.1 % liegen und sich in den beiden folgenden Jahren mit 2.9 % bzw. 2.8 % nicht signifikant verbessern. Die Schuldenstandsquote

wird, ausgehend von 71.8 % des BIP im Jahr 2010, auf 73.2 % im Jahr 2013 steigen. Der weitere Anstieg verdeutlicht, dass die Konsolidierung konsequent vorangetrieben werden muss.

Die Einnahmen aus Abgaben weisen heuer im Gefolge der äußerst dynamischen Konjunktorentwicklung ein außerordentlich hohes Wachstum auf. Auch im Jahr 2012 ist trotz der deutlichen konjunkturellen Abkühlung mit einer markanten Zunahme zu rechnen. 2013 wird sich die Dynamik dann abschwächen. Die Einnahmen aus Produktionsabgaben haben im bisherigen Jahresverlauf als Folge des kräftigen Anstiegs der nominellen Konsumausgaben, aber auch der steuerlichen Konsolidierungsmaßnahmen markant zugenommen. Im nächsten und übernächsten Jahr wird diese Entwicklung deutlich abgebremst. Die Einnahmen aus direkten Steuern wachsen vor allem heuer und im nächsten Jahr kräftig. Die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer ziehen in diesem Jahr wegen des hohen Beschäftigungszuwachses, im nächsten Jahr als Folge der Lohnentwicklung an. Die Körperschaftsteuereinnahmen legen heuer ebenso markant zu, in den beiden folgenden Jahren ist der Anstieg deutlich zurückhaltender. Die Kapitalertragsteuer auf Dividenden bleibt auch heuer noch belebt, dürfte sich in den folgenden beiden Jahren jedoch ebenso nur noch schwach entwickeln. Die Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer auf Zinsen bleiben zurück. Die Sozialversicherungsbeiträge folgen der Beschäftigungs- und Lohnentwicklung und steigen somit heuer und im nächsten Jahr kräftig, während 2013 mit einer Abflachung des Anstiegs gerechnet werden muss.

Im Vergleich mit den letzten beiden Jahren zieht das Wachstum des realen öffentlichen Konsums nach den Ergebnissen der Quartalsrechnung heuer wieder deutlich an und dürfte 1.5 % betragen. Für die nächsten beiden Jahre geht das Institut bei derzeitigem Informationsstand von jeweils 0.5 % aus. Der Anstieg des nominellen öffentlichen Konsums ist sowohl heuer als auch nächstes Jahr mit 3.5 % bzw. 3 % hoch, erst 2013 ist mit einer schwächeren Dynamik zu rechnen. Die monetären Sozialleistungen werden in diesem Jahr ein etwas geringeres Wachstum aufweisen, was auf die Konsolidierungsanstrengungen sowie die Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Im nächsten Jahr werden sie infolge der Inflationsabgeltung wieder kräftiger zulegen. Der Aufwand für den Zinsendienst für die öffentliche Verschuldung wird derzeit durch das niedrige Zinsniveau gedämpft.

Die bisherigen Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung haben zwar zu einer Stabilisierung der Defizitquote geführt, jedoch auf hohem Niveau. Die öffentliche Schuldenstandsquote bleibt weiterhin äußerst hoch. Eine Reduktion unter die 60-Prozent-Marke ist so rasch wie möglich anzustreben, um den Anstieg der Zinsaufwendungen zu begrenzen. Die Staatsschuldenkrise führt deutlich vor Augen, wie bedeutend solide Staatsfinanzen für das Vertrauen der Anleger sind. Ein ausgeglichener öffentlicher Haushalt muss daher zügig angestrebt werden. Die Implementierung einer Schuldenbremse im Verfassungsrang gemeinsam mit einer tragfähigen Konsolidierungsstrategie würde das Vertrauen stärken und somit zu geringeren Risikoaufschlägen bei der öffentlichen Verschuldung führen. Um einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, ist es wichtig, die Dynamik der Ausgaben bei den monetären Sozialleistungen (Beispiel Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters) und den sozialen Sachleistungen (Beispiel Finanzierung aus einer Hand im Gesundheitsbereich) in den Griff zu bekommen. Die Vorschläge der Expertengruppe Staats- und Verwaltungsreform sowie des Rechnungshofs bieten weitere wichtige Ansatzpunkte, um die Effizienz im öffentlichen Bereich zu erhöhen.

Von weiteren einnahmeseitigen Maßnahmen zur Konsolidierung sollte so weit wie möglich Abstand genommen werden, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes nicht zu gefährden.

In den ersten drei Quartalen dieses Jahres sind die Tarifföhne um durchschnittlich 1.9 % gestiegen. Der Anstieg der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** fiel, gemäß den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, im gleichen Zeitraum mit 2.1 % leicht höher aus. Insgesamt geht das Institut von einem Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten von 2.2 % für das ablaufende Jahr aus. Aufgrund der äußerst dynamischen Entwicklung der Verbraucherpreise sind die Reallöhne daher im Jahr 2011 voraussichtlich um 1 % gesunken.

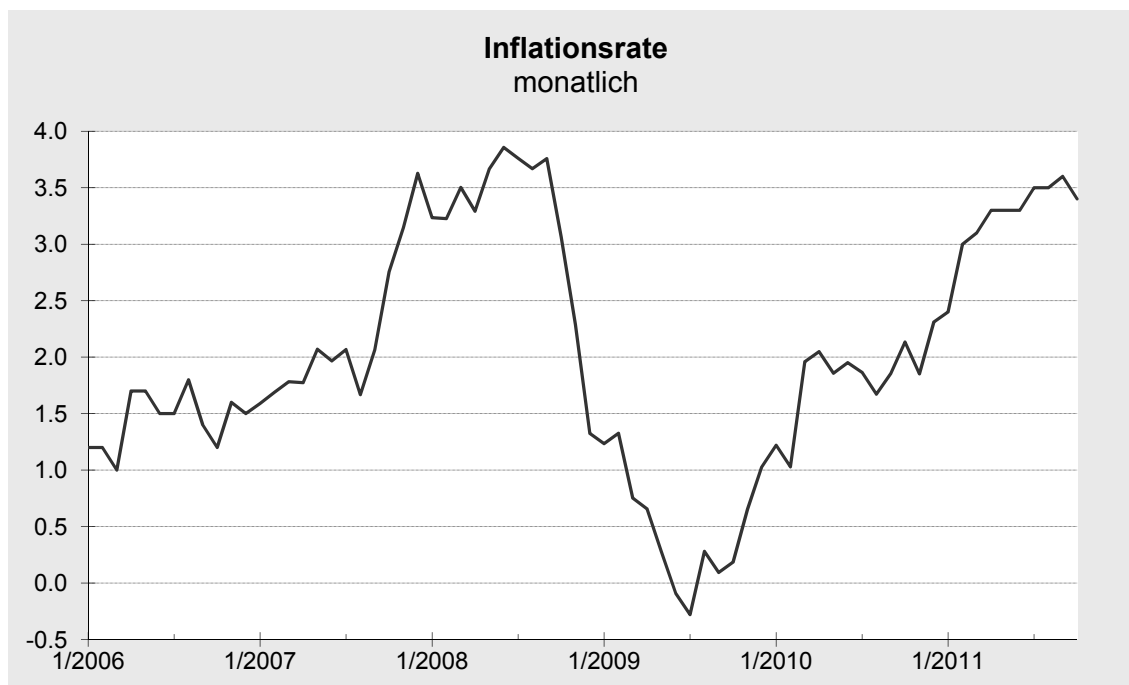
Der Lohnabschluss in der Metallindustrie im Herbst 2011 betrug 4.2 %. Dieser Abschluss reflektiert die ausgezeichnete Konjunkturlage 2010/11 in diesem Sektor und die hohe Inflation. Dem üblichen Muster folgend, lagen die Abschlüsse in anderen Branchen etwas unter diesem Wert (Handel 3.6 %, Beamte 3 %). Folglich wird für das Jahr 2012 ein Wachstum der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten von 2.9 % prognostiziert. Damit werden die Reallöhne um 1.1 % und somit um 0.6 Prozentpunkte stärker als die Arbeitsproduktivität steigen.

Aufgrund der sich verschlechternden Lage am Arbeitsmarkt dürften die Lohnabschlüsse für 2013 moderat ausfallen. Die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten dürften um 1.7 % ansteigen, die Reallöhne werden damit stagnieren und wieder hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückbleiben.

Die **Inflationsrate** liegt seit Februar über der 3-Prozent-Marke und beträgt seit Jahresmitte 3 ½ %. Es lassen sich mehrere preistreibende Faktoren festmachen. Erstens wurde ein starker Anstieg bei den internationalen Rohstoffpreisen verzeichnet, der bereits Ende 2010 eingesetzt hatte und bis zur Jahresmitte 2011 anhielt. Seither ist eine gewisse Entspannung bei den Rohstoffpreisen ohne Energie zu beobachten. Hingegen hat sich der Anstieg der Energiepreise nicht verlangsamt. Weiters kam es Anfang 2011 zu einer Erhöhung von Verbrauchsteuern und Gebühren, was den Preisdruck verstärkte. Impulse für den Preisanstieg kamen nicht zuletzt auch von der inländischen Konjunktur, die sich in der ersten Jahreshälfte äußerst positiv entwickelte. Als Folge dieser Entwicklungen überstieg die Inflationsrate die 3-Prozent-Marke bereits im Februar 2011 und pendelte sich in den darauffolgenden Monaten zwischen 3 % und 3.6 % ein. Im Jahresdurchschnitt des ablaufenden Jahres dürfte die Inflationsrate deshalb 3 ¼ % betragen.

Im nächsten Jahr sollte aufgrund der Abschwächung der heimischen sowie internationalen Konjunktur der Preisdruck (geringer Preisüberwälzungsspielraum für die Unternehmen, stabile Rohstoff- und Energiepreise) nachlassen und die Inflationsrate folglich zurückgehen. Zudem kommt es zu einem Wegfall des Basiseffekts der Erhöhung der Mineralöl- und der Tabaksteuer sowie der Flugticketabgabe von Anfang 2011. Für den Jahresdurchschnitt 2012 ergibt die Prognose daher einen Wert von 1.9 %.

Im Jahr 2013 dürfte sich die Konjunkturlage etwas verbessern, wovon letztendlich kein starker Preisdruck ausgehen sollte. Auch dürften die internationalen Rohstoff- und Energiepreise nur moderat ansteigen. Das Institut geht daher von einer Inflationsrate von 1.8 % aus.



Quelle: Statistik Austria

In den letzten beiden Jahren hat sich der Arbeitsmarkt wieder erholt. Im Jahresdurchschnitt 2011 wird die Beschäftigung um knapp 2 % zulegen und die Arbeitslosenquote auf 6.7 % zurückgehen. Der Konjunktureenbruch 2012 wird auch auf dem Arbeitsmarkt seine Spuren hinterlassen. Das Tempo des Beschäftigungsaufbaus wird sich markant verlangsamen und die Arbeitslosenquote auf 7 % klettern. Vor dem budgetären Hintergrund ist es notwendig, dass die vorhandenen Mittel der Arbeitsmarktpolitik effizient eingesetzt werden. Hierbei erscheint ein Schwerpunkt auf längerfristige Ausbildungsprogramme, die das Humankapitalpotenzial der Arbeitssuchenden erhöhen, erfolgversprechend.

Seit Jahresbeginn ist die Beschäftigungsdynamik äußerst kräftig. So expandierte die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** im November um 61,000 Personen bzw. 1.9 %, wobei die Männerbeschäftigung etwas stärker zulegte. Die am 1. Mai erfolgte Öffnung des heimischen Arbeitsmarkts für zehn neue EU-Mitgliedstaaten trägt wesentlich zur hohen Beschäftigungsdynamik bei. Im November betrug der Anstieg der Beschäftigten aus diesen Staaten im Vorjahresvergleich knapp 30,000 Personen. Damit wurde per Saldo jeder zweite neu geschaffene Job durch eine Person aus diesen Ländern besetzt.

Die Beschäftigung steigt in allen Wirtschaftssektoren. In der Sachgüterproduktion hat die Zahl der Arbeitsplätze im Vorjahresvergleich um 9,400 bzw. 1.7 % zugenommen. Insbesondere die Branchen Maschinen und Fahrzeugbau (5,000), Chemie (1,900), Metall (1,700) und Elektro/Elektronik (1,600) profitieren von der noch guten Konjunkturlage. Am Bau wurde im Vorjahresvergleich ein Arbeitskräfte-

zuwachs von 3,400 Personen bzw. 1.3 % verzeichnet. Im Dienstleistungsbereich erhöhte sich die Beschäftigtenzahl um 48,000 bzw. 2 %. Kräftige Zuwächse verzeichneten dabei die Branchen Handel (12,500), Unternehmensführung und –beratung (6,800), Beherbergungs- und Gaststättenwesen sowie das Gesundheits- und Sozialwesen (4,100). Im Bereich der Arbeitskräfteüberlassung (4,200) hat sich die Beschäftigungsdynamik merklich verlangsamt.

Im Jahresdurchschnitt 2011 nimmt die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 62,500 Personen bzw. 1.9 % zu. Aufgrund der Eintrübung der Konjunktur wird sich die Beschäftigungsdynamik in den nächsten Monaten stark verlangsamen. Darauf deutet auch die seit August im Vorjahresvergleich rückläufige Zahl der offenen Stellen hin. Für den Jahresdurchschnitt 2012 wird gegenwärtig von einem Beschäftigungswachstum von 0.4 % ausgegangen. Gestützt wird die Beschäftigungsdynamik auch noch im nächsten Jahr von der Arbeitsmarktöffnung. 2013 sollte die Beschäftigung von der Konjunkturerholung profitieren und könnte um 0.7 % zulegen.

### Arbeitsmarktentwicklung 2011

	Jänner bis November (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	61,721	1.9 %
Männer	37,036	2.1 %
Frauen	24,685	1.6 %
Aktiv-Beschäftigte*	63,501	1.9 %
Primärer Sektor	1,061	1.6 %
Sachgüterproduktion	10,553	1.9 %
Bau	3,547	1.4 %
Dienstleistungssektor	49,014	2.1 %
Arbeitslose	-4,676	-1.9 %
Männer	-6,381	-4.5 %
Frauen	1,705	1.6 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

\* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdiner mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Seit August dieses Jahres nimmt die Zahl der **Arbeitslosen** im Jahresvergleich wieder etwas zu. Bei der Interpretation dieses Anstiegs sind statistische Effekte (Rückgang der Schulungen, bedarfsorientierte Mindestsicherung) zu berücksichtigen. Im November lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 9,000 Personen bzw. 3.7 % über dem Vorjahresniveau, die Zahl der Arbeitssuchenden (einschließlich nicht als arbeitslos gezählte Schulungsteilnehmer) ist um 3,900 Personen bzw. 1.2 % gestiegen.

Für den Jahresdurchschnitt 2011 ergibt sich eine Arbeitslosenzahl von 247,000 Personen. Wie schon in der Vergangenheit, schlägt sich die kräftige Beschäftigungsausweitung nur teilweise in einem Rückgang der Arbeitssuchenden nieder. Per Saldo wurde nur einer von fünf neuen Jobs durch Personen aus dem Pool der Arbeitssuchenden besetzt. Das Arbeitsangebot hat sich wegen der guten Konjunkturlage und des Endes der Übergangsfristen wieder kräftig ausgeweitet. Der Einbruch der Konjunktur wird 2012 zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen. Laut Prognose steigt die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen auf 257,500 Personen. 2013 könnte die Arbeitslosenzahl stagnieren.

Nach einem Rückgang von 6.9 % auf 6.7 % in diesem Jahr wird die Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) im Jahresdurchschnitt 2012 7 % ausmachen. 2013 wird die Quote laut Prognose auf diesem Niveau verharren. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode wird 2011 4.1 % betragen und nächstes Jahr auf 4.5 % steigen. 2013 könnte die Quote bei 4.4 % zu liegen kommen.

Der Arbeitsmarktausblick fällt nur geringfügig ungünstiger als im September aus. Allerdings haben die abwärts gerichteten Konjunkturrisiken zugenommen, die Arbeitsmarktlage könnte daher auch deutlich schlechter ausfallen. Aufgrund der allgemein knappen öffentlichen Mittel sind keine Arbeitsmarktpakete möglich. Vielmehr müssen die Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik effizient eingesetzt werden. Weiterhin sollte die Arbeitsmarktpolitik großen Wert auf die Bekämpfung von Qualifikationsdefiziten legen. Überlegenswert sind auch Maßnahmen, die der Transformation von konjunkturell bedingter in strukturelle Arbeitslosigkeit entgegenwirken (Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit). In mittelfristiger Sicht sind präventive Maßnahmen zur frühzeitigen Bekämpfung von potenziellen Qualifikationsdefiziten notwendig. Die Beherrschung von für den modernen Arbeitsmarkt erforderlichen Basiskompetenzen (Lesen, Rechnen, Computer- Grundkenntnisse) muss gefördert werden. Hierbei ist insbesondere die Bildungspolitik gefordert. Im Hinblick auf die Alterung der Gesellschaft müssen brachliegende Arbeitsmarktpotenziale (Ältere, Frauen, Personen mit Migrationshintergrund) gehoben werden. Aus diesem Grund sollte auch in der Krise auf allfällige Maßnahmen, die zu einer Verringerung der Lebensarbeitszeit führen könnten, verzichtet werden, da dies längerfristig kontraproduktiv wäre.





## 5. Monetäre Prognose

Im November und Dezember hat die EZB auf Basis ihrer regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse beschlossen, den Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um jeweils 25 Basispunkte zu senken. Gegenwärtig liegt der Zinssatz bei 1 % und somit wieder auf dem niedrigsten Niveau seit Einführung des Euro. Zuletzt lag der Leitzinssatz von Mai 2009 bis April 2011 bei 1 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, liegt seit Ende 2010 auf einem erhöhten Niveau, d.h. über der 2-Prozent-Marke. Im November betrug sie 3 % und blieb somit den dritten Monat in Folge stabil. Die hohe Inflation ist vor allem auf die deutlichen Preissteigerungen bei Energie und Nahrungsmitteln infolge vorangegangener internationaler Rohstoffpreiserhöhungen zurückzuführen. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Entwicklung erwartet das Institut, dass die Leitzinsen im Euroraum bis Mitte 2013 auf dem gegenwärtig niedrigen Niveau bleiben.

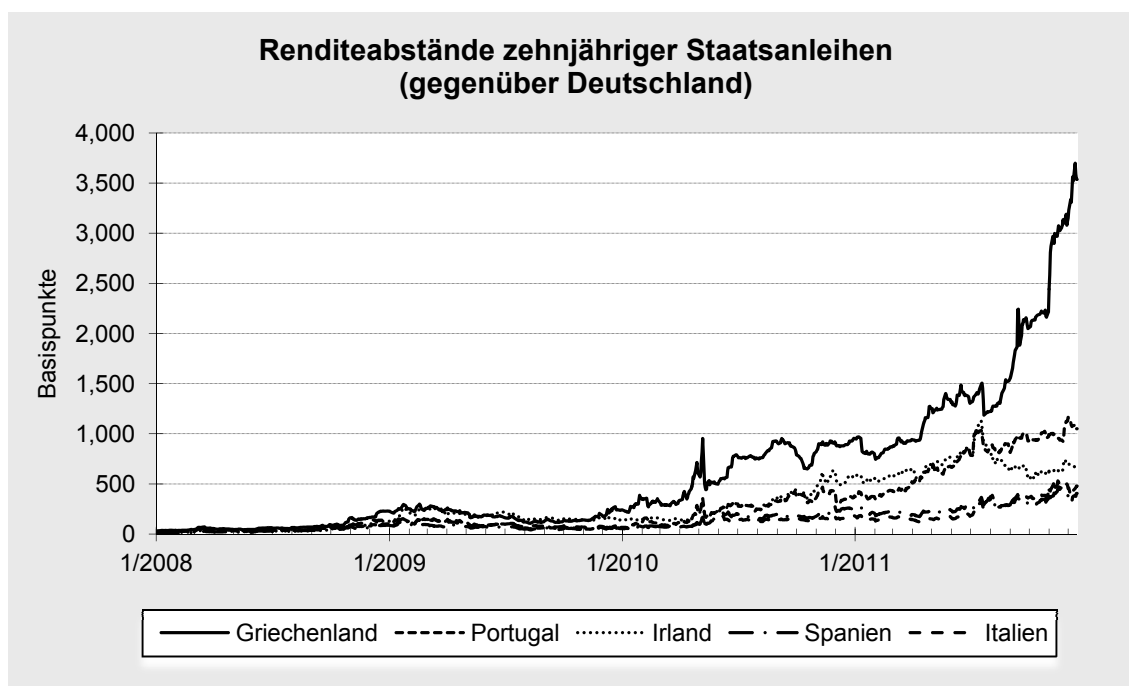
Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2008	2.5	0 – 0.25	2	0 – 1	0.1
Ende 2009	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1
Ende 2010	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1
15.12.2011	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.25	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Das gegenseitige Misstrauen der europäischen Banken ist im vierten Quartal 2011 weiter gewachsen. Dies ist beispielsweise an der steigenden Differenz zwischen unbesicherten und besicherten Interbankzinsen abzulesen, welche als Maß für das Risiko und die Liquidität am Interbankenmarkt gilt. Zu Beginn 2011 betrug der Aufschlag für 3-Monats-Interbankzinsen 50 Basispunkte, zur Jahresmitte lag er bei 26 Basispunkten, Mitte Dezember betrug er 120 Basispunkte. Die Banken machen in verstärktem Ausmaß von der Möglichkeit Gebrauch, bei der EZB Geld anzulegen bzw. aufzunehmen. In diesem Zusammenhang hat die EZB ihre Sondermaßnahmen zur Erhaltung der Liquidität im Bankensektor sowie zur Stabilisierung der Finanzmärkte fortgesetzt. Insbesondere kauft sie öffentliche und private Schuldverschreibungen im Euroraum an und führt zusätzliche liquiditätszuführende Geschäfte durch.

Die Staatsschuldenkrise im Euroraum hat sich zugespitzt. Das Vertrauen der Märkte in die Erfüllung der Verbindlichkeiten einiger Länder und in eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist weiter zurückgegangen – und die Renditen der jeweiligen Staatsanleihen sind entsprechend gestiegen. Deutsche Bundesanleihen gelten nach wie vor als die sichersten und liquidesten, und ihre Renditen sind aufgrund der hohen Nachfrage sehr niedrig. Die Risikoaufschläge der Staatsanleihen von Ländern wie Griechenland, Portugal, Irland, Spanien und Italien haben sich im vergangenen Quartal weiter ausgeweitet (siehe Grafik). Auch österreichische Staatsanleihen verzeichneten in der zweiten November-Hälfte Renditeanstiege, die Lage hat sich im Dezember aber wieder entspannt und die

Renditen sind zurückgegangen. Anfang Dezember gab *Standard & Poor's* bekannt, dass die Staatsschuldenkrise die Bonität des Euroraums insgesamt beeinträchtigt, und senkte den Ausblick („*credit watch negative*“) für alle Länder des Euroraums, die noch die höchste Bonität AAA haben. Diese Ankündigung ist vor allem als Signal an die Politik zu sehen, rasch effiziente Vorschläge zur Lösung der Staatsschuldenkrise zu liefern, auf den Märkten gab es keine deutlichen (Rendite-) Reaktionen.



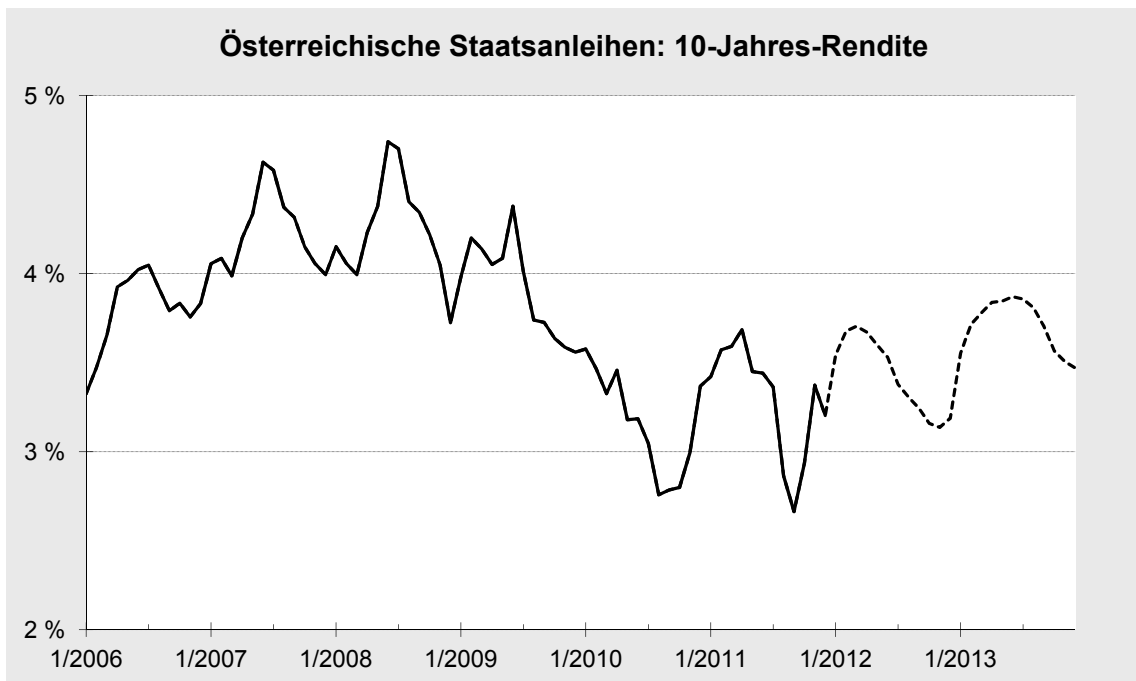
In Österreich sind die Renditen für Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren vom dritten auf das vierte Quartal 2011 um rund 20 Basispunkte gestiegen, in Deutschland sind sie um etwa 30 Basispunkte zurückgegangen. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen im abgelaufenen Quartal eine durchschnittliche Rendite von 3.2 % auf, deutsche Bundesanleihen der gleichen Laufzeit rentierten zu durchschnittlich 2 %. Aufgrund der großen Unsicherheit auf den Finanzmärkten und der hohen Risikoaversion der Anleger erwartet das Institut, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern im kommenden Jahr relativ niedrig bleibt. Für 2012 und 2013 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren eine durchschnittliche Rendite von 3.4 % bzw. 3.7 % prognostiziert.

Die Geldmarktzinsen sind im abgelaufenen Quartal im Durchschnitt leicht gesunken, auch in Folge der Rücknahme der Leitzinsen durch die EZB. Von Anfang Oktober bis Mitte Dezember ist der 3-Monats-Euribor von 1.56 % auf 1.42 % gesunken und wurde im vierten Quartal zu durchschnittlich 1.5 % quotiert. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut zunächst eine konstante Entwicklung der Geldmarktzinsen und gegen Ende 2013 einen leichten Anstieg. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor beträgt 1.2 % bzw. 1.3 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem US-Dollar im vierten Quartal des laufenden Jahres um 4 % abgewertet. Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.36 USD/EUR. Für 2012 und 2013 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1.34 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2011, 2012 und 2013 fällt wie folgt aus. Die Sichteinlagen sollten um 1.8 %, 5.5 % bzw. 5.9 % steigen, die Termineinlagen um 11 %, 9.5 % bzw. 4.7 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut für 2011 eine Stagnation, für 2012 und 2013 ein jahresdurchschnittliches Wachstum um 1.9 % bzw. 1.7 %. Das Kreditvolumen sollte um 1.7%, 1.3% bzw. 1.5 % ausgeweitet werden.

### ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE



Quelle: Thomson Reuters Datastream, eigene Berechnungen

Erläuterung: Die strichlierte Linie gibt die prognostizierten Werte an.



TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
GDP	254,243 3,7%	263,665 3,7%	267,347 1,4%	257,161 -3,8%	263,113 2,3%	271,760 3,3%	274,024 0,8%	279,119 1,9%
GDP\$	259,034 5,6%	274,020 5,8%	282,746 3,2%	274,818 -2,8%	286,197 4,1%	302,264 5,6%	311,624 3,1%	323,474 3,8%
PGDP	101,884 1,9%	103,927 2,0%	105,760 1,8%	106,866 1,0%	108,773 1,8%	111,225 2,3%	113,721 2,2%	115,891 1,9%
PLC	92,694 1,5%	94,703 2,2%	97,717 3,2%	98,174 0,5%	100,000 1,9%	103,200 3,2%	105,161 1,9%	107,054 1,8%
YWGLEA	39,830 3,0%	41,018 3,0%	42,178 2,8%	43,182 2,4%	43,864 1,6%	44,829 2,2%	46,129 2,9%	46,914 1,7%
LEA	3141,716 1,7%	3206,814 2,1%	3283,003 2,4%	3234,487 -1,5%	3260,013 0,8%	3322,605 1,9%	3334,567 0,4%	3357,909 0,7%
UR	6,855 -0,464	6,287 -0,568	5,894 -0,393	7,232 1,338	6,945 -0,287	6,744 -0,201	6,981 0,238	6,951 -0,030

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Var1	0,972	0,424	0,420	-0,162	1,108	0,473	0,411	0,668
Var2	0,030	0,055	0,020	0,016	0,067	0,008	0,016	0,022
Var3	0,495	0,381	0,789	0,046	-0,034	0,281	0,092	0,092
Var4	0,364	1,495	-0,418	-2,628	0,733	1,775	-0,270	0,293
Var5	0,258	0,556	0,022	-0,918	0,355	0,736	-0,099	0,194
Var6	-0,141	0,207	0,116	-0,847	-0,311	0,051	0,049	0,099
Var7	0,259	-0,037	-0,262	0,225	-0,197	-0,002	-0,001	0,000
Var8	4,163	4,958	0,823	-8,422	4,338	3,988	1,926	3,541
Var9	2,831	4,032	0,124	-7,084	4,015	3,238	1,673	2,912
Var10	1,332	0,917	0,706	-1,334	0,344	0,750	0,251	0,628
Var11	-2,613	-3,570	0,024	7,115	-3,700	-3,237	-1,341	-2,757
Var12	-2,130	-3,550	0,032	6,122	-3,383	-2,722	-1,225	-2,377
Var13	-0,483	-0,013	-0,007	0,992	-0,341	-0,518	-0,118	-0,382
GDP	3,670	3,706	1,396	-3,810	2,315	3,286	0,833	1,859

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Var1	22,258 -0,452	22,904 0,646	22,177 -0,727	20,323 -1,854	20,579 0,257	21,643 1,063	21,196 -0,447	21,097 -0,099
UREU	4,7 -0,5	4,4 -0,3	3,8 -0,6	4,8 1,0	4,4 -0,4	4,1 -0,3	4,5 0,4	4,4 -0,1
Var4	1,912 0,591	2,288 0,377	2,476 0,188	2,874 0,398	1,375 -1,499	1,046 -0,329	1,185 0,139	1,802 0,616
Var5	38,967 0,8%	39,173 0,5%	39,454 0,7%	40,185 1,9%	39,981 -0,5%	39,594 -1,0%	40,021 1,1%	39,982 -0,1%
PRLEA	8,093 2,0%	8,222 1,6%	8,143 -1,0%	7,951 -2,4%	8,071 1,5%	8,179 1,3%	8,218 0,5%	8,312 1,2%
Var6	-1,5 0,2	-0,9 0,7	-0,9 -0,1	-4,1 -3,2	-4,4 -0,3	-3,1 1,3	-2,9 0,3	-2,8 0,1



TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
C\$	136,777 4,1%	141,245 3,3%	145,390 2,9%	145,678 0,2%	151,862 4,2%	158,132 4,1%	162,266 2,6%	167,334 3,1%
CNP\$	3,531 1,7%	3,726 5,5%	3,865 3,7%	4,030 4,3%	4,254 5,6%	4,372 2,8%	4,530 3,6%	4,679 3,3%
CP\$	47,338 5,0%	49,399 4,4%	52,758 6,8%	54,510 3,3%	55,440 1,7%	57,397 3,5%	59,126 3,0%	60,461 2,3%
IF\$	57,831 3,8%	63,387 9,6%	64,455 1,7%	57,791 -10,3%	61,938 7,2%	69,177 11,7%	69,616 0,6%	71,877 3,2%
IFE\$	25,373 3,9%	27,150 7,0%	27,672 1,9%	25,285 -8,6%	26,875 6,3%	29,537 9,9%	29,607 0,2%	30,652 3,5%
IFC\$	29,842 1,8%	31,622 6,0%	33,469 5,8%	31,614 -5,5%	31,762 0,5%	33,019 4,0%	34,014 3,0%	35,110 3,2%
DIF\$	0,448 0,644	0,563 0,115	0,004 -0,559	-0,245 -0,249	0,373 0,618	0,382 0,009	0,386 0,004	0,394 0,008
VD\$	245,925 4,4%	258,320 5,0%	266,472 3,2%	261,763 -1,8%	273,867 4,6%	289,458 5,7%	295,924 2,2%	304,745 3,0%
X\$	145,996 10,6%	161,397 10,5%	167,573 3,8%	138,564 -17,3%	154,465 11,5%	171,557 11,1%	179,999 4,9%	194,532 8,1%
M\$	132,887 8,7%	145,697 9,6%	151,299 3,8%	125,509 -17,0%	142,134 13,2%	158,751 11,7%	164,299 3,5%	175,802 7,0%
GDP\$	259,034 5,6%	274,020 5,8%	282,746 3,2%	274,818 -2,8%	286,197 4,1%	302,264 5,6%	311,624 3,1%	323,474 3,8%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
C	133,814 1,8%	134,894 0,8%	136,001 0,8%	135,567 -0,3%	138,417 2,1%	139,663 0,9%	140,780 0,8%	142,610 1,3%
CNP	3,546 2,1%	3,687 4,0%	3,739 1,4%	3,781 1,1%	3,954 4,6%	3,974 0,5%	4,018 1,1%	4,078 1,5%
CP	46,282 2,7%	47,251 2,1%	49,331 4,4%	49,453 0,2%	49,365 -0,2%	50,105 1,5%	50,356 0,5%	50,608 0,5%
IF	56,590 1,6%	60,390 6,7%	59,288 -1,8%	52,262 -11,9%	54,147 3,6%	58,817 8,6%	58,082 -1,2%	58,885 1,4%
IFE	25,044 2,6%	26,458 5,6%	26,517 0,2%	24,063 -9,3%	24,977 3,8%	26,913 7,8%	26,643 -1,0%	27,176 2,0%
IFC	28,980 -1,2%	29,507 1,8%	29,813 1,0%	27,549 -7,6%	26,750 -2,9%	26,883 0,5%	27,018 0,5%	27,288 1,0%
DIF	0,439 0,634	0,344 -0,095	-0,346 -0,690	0,256 0,602	-0,251 -0,507	-0,257 -0,006	-0,260 -0,003	-0,260 0,000
VD	240,671 2,2%	246,579 2,5%	248,008 0,6%	240,890 -2,9%	245,430 1,9%	252,102 2,7%	252,776 0,3%	255,721 1,2%
X	142,245 7,7%	154,850 8,9%	157,019 1,4%	134,504 -14,3%	145,659 8,3%	156,153 7,2%	161,386 3,4%	171,090 6,0%
M	128,673 5,2%	137,750 7,1%	137,685 0,0%	118,663 -13,8%	128,178 8,0%	136,694 6,6%	140,338 2,7%	147,892 5,4%
GDP	254,243 3,7%	263,665 3,7%	267,347 1,4%	257,161 -3,8%	263,113 2,3%	271,760 3,3%	274,024 0,8%	279,119 1,9%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PC	102,214 2,2%	104,708 2,4%	106,904 2,1%	107,458 0,5%	109,713 2,1%	113,224 3,2%	115,262 1,8%	117,337 1,8%
PCP	102,282 2,3%	104,545 2,2%	106,946 2,3%	110,224 3,1%	112,306 1,9%	114,552 2,0%	117,416 2,5%	119,471 1,8%
PIF	102,193 2,2%	104,964 2,7%	108,715 3,6%	110,580 1,7%	114,389 3,4%	117,614 2,8%	119,858 1,9%	122,063 1,8%
PIFE	101,316 1,3%	102,615 1,3%	104,358 1,7%	105,079 0,7%	107,599 2,4%	109,751 2,0%	111,123 1,3%	112,790 1,5%
PIFC	102,974 3,0%	107,167 4,1%	112,262 4,8%	114,755 2,2%	118,740 3,5%	122,824 3,4%	125,895 2,5%	128,665 2,2%
PVD	102,183 2,2%	104,762 2,5%	107,445 2,6%	108,665 1,1%	111,586 2,7%	114,818 2,9%	117,070 2,0%	119,171 1,8%
PX	102,637 2,6%	104,228 1,6%	106,721 2,4%	103,018 -3,5%	106,045 2,9%	109,865 3,6%	111,533 1,5%	113,702 1,9%
PM	103,275 3,3%	105,770 2,4%	109,887 3,9%	105,769 -3,7%	110,888 4,8%	116,136 4,7%	117,074 0,8%	118,872 1,5%
PGDP	101,884 1,9%	103,927 2,0%	105,760 1,8%	106,866 1,0%	108,773 1,8%	111,225 2,3%	113,721 2,2%	115,891 1,9%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
XG\$	106,505 10,6%	118,724 11,5%	121,411 2,3%	97,043 -20,1%	111,319 14,7%	125,149 12,4%	132,108 5,6%	143,846 8,9%
XSO\$	28,034 15,0%	30,733 9,6%	33,209 8,1%	29,220 -12,0%	30,646 4,9%	33,604 9,7%	34,960 4,0%	37,280 6,6%
XST\$	11,457 0,5%	11,941 4,2%	12,953 8,5%	12,302 -5,0%	12,499 1,6%	12,804 2,4%	12,931 1,0%	13,407 3,7%
X\$	145,996 10,6%	161,397 10,5%	167,573 3,8%	138,564 -17,3%	154,465 11,5%	171,557 11,1%	179,999 4,9%	194,532 8,1%
MG\$	106,118 9,1%	117,654 10,9%	122,268 3,9%	99,370 -18,7%	114,535 15,3%	128,559 12,2%	133,409 3,8%	143,129 7,3%
M\$O\$	20,323 8,8%	21,554 6,1%	22,577 4,7%	19,449 -13,9%	20,919 7,6%	23,383 11,8%	24,030 2,8%	25,624 6,6%
M\$T\$	6,445 2,7%	6,489 0,7%	6,454 -0,5%	6,690 3,7%	6,681 -0,1%	6,809 1,9%	6,859 0,7%	7,049 2,8%
M\$	132,887 8,7%	145,697 9,6%	151,299 3,8%	125,509 -17,0%	142,134 13,2%	158,751 11,7%	164,299 3,5%	175,802 7,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE I.T. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
XG	103,202 7,2%	113,454 9,9%	113,781 0,3%	94,842 -16,6%	105,166 10,9%	113,685 8,1%	118,232 4,0%	126,213 6,8%
XSO	27,722 13,7%	29,617 6,8%	30,888 4,3%	27,906 -9,7%	28,691 2,8%	30,843 7,5%	31,614 2,5%	33,131 4,8%
XST	11,321 -0,7%	11,756 3,8%	12,347 5,0%	11,763 -4,7%	11,864 0,9%	11,686 -1,5%	11,599 -0,8%	11,802 1,8%
X	142,245 7,7%	154,850 8,9%	157,019 1,4%	134,504 -14,3%	145,659 8,3%	156,153 7,2%	161,386 3,4%	171,090 6,0%
MG	102,530 5,4%	111,556 8,8%	111,472 -0,1%	95,104 -14,7%	103,804 9,1%	110,967 6,9%	114,296 3,0%	120,810 5,7%
MSO	19,897 6,5%	20,087 1,0%	20,305 1,1%	17,519 -13,7%	18,501 5,6%	19,981 8,0%	20,331 1,8%	21,307 4,8%
MST	6,245 -0,5%	6,089 -2,5%	5,889 -3,3%	6,024 2,3%	5,919 -1,7%	5,801 -2,0%	5,772 -0,5%	5,844 1,3%
M	128,673 5,2%	137,750 7,1%	137,685 0,0%	118,663 -13,8%	128,178 8,0%	136,694 6,6%	140,338 2,7%	147,892 5,4%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2005 = 100)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
PXG	103,200 3,2%	104,645 1,4%	106,706 2,0%	102,321 -4,1%	105,851 3,5%	110,085 4,0%	111,736 1,5%	113,971 2,0%
PXSO	101,128 1,1%	103,765 2,6%	107,512 3,6%	104,705 -2,6%	106,815 2,0%	108,952 2,0%	110,586 1,5%	112,521 1,8%
PXST	101,200 1,2%	101,572 0,4%	104,904 3,3%	104,585 -0,3%	105,351 0,7%	109,565 4,0%	111,482 1,8%	113,600 1,9%
PX	102,637 2,6%	104,228 1,6%	106,721 2,4%	103,018 -3,5%	106,045 2,9%	109,865 3,6%	111,533 1,5%	113,702 1,9%
PMG	103,500 3,5%	105,466 1,9%	109,685 4,0%	104,486 -4,7%	110,337 5,6%	115,854 5,0%	116,723 0,8%	118,474 1,5%
PMSO	102,140 2,1%	107,303 5,1%	111,192 3,6%	111,020 -0,2%	113,068 1,8%	117,026 3,5%	118,196 1,0%	120,265 1,8%
PMST	103,200 3,2%	106,575 3,3%	109,583 2,8%	111,042 1,3%	112,865 1,6%	117,380 4,0%	118,847 1,3%	120,630 1,5%
PM	103,275 3,3%	105,770 2,4%	109,887 3,9%	105,769 -3,7%	110,888 4,8%	116,136 4,7%	117,074 0,8%	118,872 1,5%
Var1	99,382 -0,6%	98,543 -0,8%	97,119 -1,4%	97,399 0,3%	95,633 -1,8%	94,600 -1,1%	95,267 0,7%	95,650 0,4%
Var2	99,710 -0,3%	99,221 -0,5%	97,284 -2,0%	97,928 0,7%	95,934 -2,0%	95,020 -1,0%	95,727 0,7%	96,199 0,5%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Var1	51,301 1,446	53,170 1,870	53,511 0,340	45,670 -7,841	49,663 3,993	52,521 2,858	52,723 0,203	54,348 1,625
Var2	40,967 1,289	42,936 1,969	43,243 0,307	36,159 -7,085	40,019 3,861	42,532 2,513	42,811 0,279	44,247 1,436
Var3	56,362 2,523	58,900 2,538	59,266 0,366	50,420 -8,846	53,971 3,551	56,757 2,786	57,762 1,004	60,138 2,377
Var4	41,116 1,865	43,327 2,211	42,940 -0,387	35,312 -7,628	38,896 3,584	41,404 2,508	42,393 0,989	44,469 2,076

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)  
(BESCHÄFTIGTE VOR 2008 RÜCKVERKETTET)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
POPWAT	5360,245 0,6%	5376,975 0,3%	5399,674 0,4%	5414,200 0,3%	5429,692 0,3%	5454,072 0,4%	5468,668 0,3%	5479,938 0,2%
TLFPR	72,671 0,5%	73,286 0,8%	74,393 1,5%	74,248 -0,2%	74,358 0,1%	75,184 1,1%	75,439 0,3%	75,839 0,5%
TLF	3895,346 1,1%	3940,580 1,2%	4016,970 1,9%	4019,960 0,1%	4037,420 0,4%	4100,565 1,6%	4125,518 0,6%	4155,930 0,7%
Var1	3461,555 0,8%	3487,494 0,7%	3541,658 1,6%	3539,515 -0,1%	3537,977 0,0%	3561,167 0,7%	3569,938 0,2%	3586,460 0,5%
DLFFOR	433,791 3,4%	453,086 4,4%	475,312 4,9%	480,445 1,1%	499,443 4,0%	539,399 8,0%	555,580 3,0%	569,470 2,5%
SEG	406,500 1,1%	405,700 -0,2%	416,100 2,6%	420,600 1,1%	426,400 1,4%	431,943 1,3%	435,183 0,8%	441,711 1,5%
DLF	3488,846 1,1%	3534,880 1,3%	3600,870 1,9%	3599,360 0,0%	3611,020 0,3%	3668,622 1,6%	3690,335 0,6%	3714,220 0,6%
LEA	3141,716 1,7%	3206,814 2,1%	3283,003 2,4%	3234,487 -1,5%	3260,013 0,8%	3322,605 1,9%	3334,567 0,4%	3357,909 0,7%
LENACT	107,956 -0,8%	105,817 -2,0%	105,614 -0,2%	104,563 -1,0%	100,225 -4,1%	98,621 -1,6%	98,128 -0,5%	98,128 0,0%
UN	239,174 -5,3%	222,248 -7,1%	212,253 -4,5%	260,309 22,6%	250,782 -3,7%	247,395 -1,4%	257,640 4,1%	258,183 0,2%
UR	6,855 -0,464	6,287 -0,568	5,894 -0,393	7,232 1,338	6,945 -0,287	6,744 -0,201	6,981 0,238	6,951 -0,030



TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
GDP\$	259,034 5,6%	274,020 5,8%	282,746 3,2%	274,818 -2,8%	286,197 4,1%	302,264 5,6%	311,624 3,1%	323,474 3,8%
YWGG\$	125,134 4,7%	131,536 5,1%	138,470 5,3%	139,672 0,9%	142,998 2,4%	148,950 4,2%	153,822 3,3%	157,532 2,4%
BUSE	106,757 7,7%	113,534 6,3%	114,589 0,9%	105,265 -8,1%	112,301 6,7%	120,331 7,2%	123,928 3,0%	130,968 5,7%
PASUB	27,144 1,9%	28,950 6,7%	29,687 2,5%	29,881 0,7%	30,897 3,4%	32,983 6,8%	33,874 2,7%	34,974 3,3%
YF\$	-2,786 17,0%	-3,303 18,6%	-0,562 -83,0%	-1,812 222,3%	-1,515 -16,4%	-1,061 -30,0%	-1,061 0,0%	-1,061 0,0%
DEP\$	39,519 3,9%	41,295 4,5%	43,393 5,1%	44,494 2,5%	46,014 3,4%	48,314 5,0%	50,368 4,3%	52,382 4,0%
Y\$	216,729 5,8%	229,422 5,9%	238,791 4,1%	228,513 -4,3%	238,669 4,4%	252,890 6,0%	260,195 2,9%	270,031 3,8%
YT\$	-1,983 -4,5%	-1,508 -24,0%	-1,965 30,3%	-2,371 20,6%	-2,628 10,9%	-2,576 -2,0%	-2,627 2,0%	-2,680 2,0%
NE\$	214,746 5,9%	227,915 6,1%	236,826 3,9%	226,142 -4,5%	236,040 4,4%	250,314 6,0%	257,568 2,9%	267,352 3,8%

TAB. 11 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
SI	60,682 8,6%	65,863 8,5%	69,205 5,1%	79,801 15,3%	87,993 10,3%	89,577 1,8%	94,504 5,5%	100,079 5,9%
TE	24,453 20,0%	32,759 34,0%	44,861 36,9%	37,546 -16,3%	33,804 -10,0%	37,522 11,0%	41,087 9,5%	43,018 4,7%
SP	138,213 1,5%	142,578 3,2%	150,148 5,3%	158,129 5,3%	156,950 -0,7%	156,950 0,0%	159,932 1,9%	162,651 1,7%
KV	272,179 5,6%	280,162 2,9%	297,068 6,0%	303,099 2,0%	307,780 1,5%	313,012 1,7%	317,082 1,3%	321,838 1,5%
REU3M	3,08 0,90	4,28 1,20	4,63 0,35	1,23 -3,40	0,81 -0,42	1,39 0,58	1,18 -0,21	1,33 0,15
REU10J	3,80 0,43	4,29 0,49	4,25 -0,04	3,92 -0,33	3,16 -0,76	3,30 0,14	3,43 0,13	3,71 0,28

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
USD/EUR	1,256 1,0%	1,371 9,1%	1,471 7,3%	1,394 -5,2%	1,327 -4,8%	1,394 5,0%	1,340 -3,9%	1,340 0,0%
GBP/EUR	0,682 -0,3%	0,685 0,4%	0,797 16,3%	0,892 11,9%	0,858 -3,8%	0,869 1,3%	0,863 -0,7%	0,833 -3,5%
YEN/EUR	146,096 6,8%	161,256 10,4%	152,381 -5,5%	130,330 -14,5%	116,445 -10,7%	111,113 -4,6%	103,227 -7,1%	100,821 -2,3%
CHF/EUR	1,573 1,6%	1,643 4,5%	1,587 -3,4%	1,510 -4,9%	1,382 -8,5%	1,234 -10,7%	1,241 0,6%	1,238 -0,2%

---

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,  
Helmut Hofer, Robert M. Kunst, Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner, Ludwig Strohner,  
Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2013

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 70

Redaktion: Isabella Andrej

© 2011 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---